

19. isw-forum

Scheitern EURO und EU?

Leo Mayer

**Die EU im Rahmen
des globalen Kapitalismus**

Conrad Schuhler

**Warum der Euro in Gefahr ist und
wir eine alternative Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik brauchen**

Elisabeth Gauthier

**Wie stark sind die Kräfte für
ein "anderes Europa"?**

Georg Polikeit

Podiumsdiskussion: Aus für den Euro?

Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISW _____ **REPORT NR. 85**

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Impressum

isw-report 85, Juni 2011

Publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9289

Herausgeber:

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München

Telefon 089/130041 Fax 089/168 94 15

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München

Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Redaktion: Conrad Schuhler

(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Layout Monika Ziehaus

Illustrationen: Bernd Bücking

Schutzgebühr: 3,00 EUR

Der Innenteil dieser Broschüre ist auf 100% Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel, gedruckt.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des isw e.V.

Inhalt

Editorial	2
LEO MAYER	
Die EU im globalen Kapitalismus	3
CONRAD SCHUHLER	
Warum der Euro in Gefahr ist und wir eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik brauchen	11
ELISABETH GAUTHIER	
Wie stark sind die Kräfte für ein "anderes Europa"?	19
GEORG POLIKEIT	
Podiumsdiskussion: Aus für den Euro?	25

editorial

Das 19. isw-Forum beschäftigte sich unter dem Generalthema "Scheitern Euro und EU?" mit der Krise der Euro-Zone, mit der Krisenstrategie der herrschenden EU-Kräfte und dem Stand und der Perspektive der demokratischen Kräfte für ein "anderes Europa". Ausgangspunkt zentraler Überlegungen der Forum-Referenten war das Manöver des neoliberalen Euro-Regimes, vor allem mit dem Euro-Plus-Pakt sowohl die letzten Reste von Sozialstaatlichkeit in den Euro-Ländern zu zerstören als auch die Souveränität der Nationalstaaten auszuhebeln. Deren Haushaltshoheit wird abgelöst von der Kontrolle und der Vormundschaft der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch die zentralen europäischen Instanzen, letztlich dem Diktat der Regierungen Frankreichs und Deutschlands, die das Heft in Europa fest in die Hand genommen haben.

Die Antwort der herrschenden Kräfte auf die tiefe Krise des neoliberalen Projekts in Europa lautet also: noch mehr Neoliberalismus, noch weniger Demokratie. Dies hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der breiten Massen, sondern liefert auf mittlere Frist auch keine wirtschaftliche "Lösung" für das anlagesuchende und zinsheischende Kapital. Die Massennachfrage wird skrupellos eingengt, die Refinanzierungsmöglichkeiten der hoch verschuldeten Staaten werden weiter erheblich beschnitten. Allerdings darf man die Dimension dessen, was für das Kapital in der Privatisierung bislang öffentlichen Eigentums und in weiterer Umverteilung von Unten nach Oben zu holen ist, nicht unterschätzen. Kann man dem neoliberal agierenden Kapital und seinen politischen Akteuren nicht in den Arm fallen, stehen wir vor einer längeren Phase der weiteren Prekarisierung der Arbeit, der tiefen Reduktion der sozialen Standards und des Ausverkaufs des öffentlichen Eigentums.

Umso dringlicher stellt sich die Frage, wie stark die Widerstandsfront der demokratischen Kräfte bereits entwickelt ist. Vor allem: wie weit wird bereits verstanden, dass wir es nicht mit der Frage nationaler Volkswirtschaften zueinander zu tun haben, sondern mit der Frage einer europaweiten Konfrontation unterschiedlicher Klassenpositionen. Hier gibt es erste Ansätze linker Parteien und sozialer Bewegungen für einen neuen, demokratischen Entwurf für ein anderes Europa und für ein gemeinsames Vorgehen – aber die Linke befindet sich keineswegs in der politischen Offensive.

Der vorliegende Report umfasst die einzelnen Referate und eine abschließende Podiumsdiskussion. Leo Mayers Beitrag konnte wegen Krankheit des Referenten bei dem Forum nicht gehalten werden. Er liegt hier erstmals in schriftlicher Form vor und bezieht sich auf die Rolle der EU im Rahmen des globalen Kapitalismus. Conrad Schuhler erörtert vor allem die wirtschaftlichen Probleme und Widersprüche in der Euro-Zone, Elisabeth Gauthier untersucht die politischen Aspekte und hier zumal die Entwicklung der demokratischen Gegenkräfte. Die abschließende Podiumsdiskussion wendet sich in erster Linie den Fragen zu: 1) Stehen wir tatsächlich vor dem "Scheitern des Euro", also vor einer existenziellen Krise der Europäischen Währungsunion? 2) Welche Alternativen zur gegenwärtigen Euro-Krise sind möglich?

Leo Mayer

Die EU im globalen Kapitalismus

In einem Artikel von Europe's World – nach eigenen Angaben die Publikation des Think Tank Europe – war vor einigen Wochen zu lesen: *"Auf der Titelseite einer spanischen Zeitung (am 4.2.2011) werden die Worte von Merkel bejubelt: «Spanien geht mit seinen Reformen in die richtige Richtung». Ich bin beinahe vom Stuhl gefallen: Ein ausländischer Staatschef kommt nach Spanien – einem souveränen Nationalstaat, zumindest auf dem Papier – und sagt der demokratisch gewählten Staatsführung was sie zu tun hat. Und jedermann findet dies völlig normal.*

Nach meiner Meinung ist das die ernsteste Einmischung in die Souveränität Spaniens, und die spanischen Medien begrüßen dies als gute Nachricht. Ich will keine qualitative Analyse der Reformen vornehmen, die Merkel Spanien und anderen Ländern auferlegt hat, sondern mehr den Fakt, dass ein souveränes Land andere souveräne Staaten zwingt, das zu tun, was es für richtig hält. In der Vergangenheit konnte dies nur mit der Anwendung militärischer Macht erreicht werden. Was hat sich geändert?"

(Joan Marc Simon, Secretary General of Union of European Federalists (UEF), Europe's World Newsletter – 18 February 2011)

Was hat sich verändert:

In allen Mitgliedsländern der EU haben in den zurückliegenden Jahren die mit dem globalen Kapitalismus verbundenen wirtschaftlichen und politischen Kräfte die Hegemonie innerhalb der herrschenden Blöcke errungen. Deren gemeinsame Interessen – z.B. bei der Eindämmung der Finanz- und Wirtschaftskrise, oder der Fortführung der kapitalistischen Globalisierung – sind weitaus größer als ihre Bindung an "nationale" Interessen. Die deutsche Politik vertritt gegenwärtig am erfolgreichsten die Interessen dieser transnationalen Kapitalfraktion, so dass zwar die Form und die Methode der deutschen Politik auf Ablehnung und z.T. auf Empörung stößt, der Inhalt aber ihren Interessen entspricht.

Was Verfassungsdiskussion und der Lissabonvertrag nicht zustande brachten, schafft nun die Krise des Euro: Die Krise des Euro, die zeitweilig sogar die Union ins Wackeln brachte, hat im Endeffekt zum Gegenteil geführt. Die EU und die Länder der Eurozone sind enger miteinander verbunden als je zuvor. Und das Paradox dabei: Diese Vertiefung der transnationalen Integration wird über die dominanten Nationalstaaten Deutschland und Frankreich vermittelt.

Nur hat diese Einheit nicht mehr das Geringste mit dem zu tun, was den Menschen mit Europa versprochen worden ist.

Wenn

- Griechenland, Irland, Portugal, ... unter Vormundschaft von EU, EZB und IWF gestellt sind,
- den nationalen Parlamenten das Haushaltsrecht entzogen und die nationalen Haushalte erst von der Europäischen Kommission genehmigt werden müssen,
- mittels der EU nationale Sparprogramme auferlegt werden, wodurch die Sozialsysteme zerstört und die Binnennachfrage abgewürgt und Millionen in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt werden,
- ganze Länder innerhalb der EU verarmen, weil sie nie mehr die aufgedrängten Kredite werden zurückzahlen können,
- sich nur diejenigen Länder – wenn überhaupt – als souveränes politisches Subjekt behaupten können, die die Schecks ausstellen (und das sind nur wenige Staaten und vor allem Deutschland),
- die "Märkte" die Politik diktieren,

dann ist das europäische Projekt auf seinen nackten Kern – auf die Interessen und die Macht der Banken und der transnationalen Konzerne – zurückgeführt.

In der Folge wird die Legitimitätskrise der europäischen Integration noch weiter zunehmen. Wie die Entwicklungen in Italien, Ungarn, Finnland, Frankreich zeigen, ist dies das Klima, in dem rechte populistische Parteien gedeihen.

Ich möchte nun in der gebotenen Kürze auf einige Aspekte dessen eingehen, "was sich geändert hat":

1. Die EU und die Entwicklung des globalen Kapitalismus

Die Entwicklung der Europäischen Union und die kapitalistische Globalisierung stehen in einem engen Zusammenhang und bedingen einander.

Mit der Gründung des Einheitlichen Europäischen Marktes im Jahr 1992¹, dem Maastricht-Vertrag 1992 und der Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 bzw. 2002 wurde nicht nur die am weitest entwickelte und größte Wirtschaftsgemeinschaft der Welt gegründet, die Verflechtung der europäischen Ökono-

1) 1986 wurde der "Single European Act / Einheitliche Europäische Akte" von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet, um Hemmnisse beim grenzüberschreitenden Verkehr von Waren, Kapital und Personen zu beseitigen. 1992 wurde der Europäische Binnenmarkt realisiert.

mien vorangetrieben, sondern die Transnationalisierung des globalen Kapitalismus erhielt insgesamt einen Schub.

Waren bis dahin Auslandsdirektinvestitionen (ADI) nach Europa geflossen, um Handelsbeschränkungen der "Festung Europa" zu überwinden, so steigerten die Transnationalen Konzerne (TNC) aus den USA und Japan jetzt ihre ADI in die EU ganz erheblich, um die Standortvorteile Europas im globalen Kapitalismus zu nutzen. In einer Studie der UNCTAD heißt es: "Die Transnationalen Konzerne aus den USA, die bereits seit den 1950er Jahren eine starke Präsenz in Europa hatten, waren in einer Position, in der sie ihre Erfahrungen kapitalisieren, den größten Vorteil aus der europäischen Integration und aus der Konkurrenz auf europäischer Ebene herauschlagen konnten."²

Parallel zur Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration entwickelten sich die Auslandsdirektinvestitionen und das im Ausland angelegte Vermögen und führten zu einer bisher nicht gekannten Vernetzung der Volkswirtschaften.

Auslandsdirektinvestitionen waren und sind eine Domäne der Transnationalen Konzerne und führten zur Herausbildung der transnationalisierten Produktionsweise des globalen Kapitalismus, die dadurch charakterisiert ist, dass die TNK die gesamte Entwicklung, Zulieferung, Produktion und Vertrieb in transnationalen Wertketten organisieren.

Im Jahr 1980 betrug der weltweite Bestand an ADI 705 Mrd. USD, davon 224 Mrd. in der EU. 1995 war der weltweite Bestand auf 2.915 Mrd. USD angewachsen, davon in der EU 1.147 Mrd. USD. 2007 vor dem Beginn der Krise: weltweit 14.909 Mrd., in der EU: 6.906 Mrd. USD.

Oder anders ausgedrückt: von 1980 bis 1990 wuchs der ADI-Bestand in der EU im Jahresdurchschnitt um knapp 4 %; von 1990 bis 1995 beschleunigte sich das Wachstum auf jährlich 10 %, und im Zeitraum 1995 bis 2005 sogar auf 38,6 % pro Jahr.

Im Zeitraum bis zum Ausbruch der aktuellen Krise flossen nahezu die Hälfte der US-amerikanischen ADI in die EU, und umgekehrt flossen annähernd die Hälfte der Extra-EU-ADI in die USA. Diese Entwicklung führte zur Formation eines transatlantischen Wirtschaftsraumes (Handel, Eigentum an Unternehmen, Kapitalverkehr) von EU und USA; wobei die Produktion im jeweilig anderen Wirtschaftsraum größere Bedeutung als der Handel erreicht hat.

Dass die europäischen Banken in dem hohen Ausmaß in den Strudel der US-amerikanischen Bankenkrise mitgerissen wurden, hatte zum Einen damit zu tun, dass sie sich mit den als Wertpapiere verbrieften Schulden der US-amerikanischen Hauskäufer schwer verzockt hatten. Außerdem bilden sie direkt einen wesentlichen Teil des US-amerikanischen Bankensystems. Nach Angaben der US-Notenbank Federal Re-

Bestand an ausländischen Direktinvestitionen (ADI) nach Wirtsregionen und Volkswirtschaften 1980 – 2008 in Millionen USD									
Region	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008
Welt	705.211	964.307	1.942.207	2.915.311	5.757.360	10.050.885	12.404.439	15.660.498	14.909.289
Entwickelte Industrieländer	401.680	578.373	1.412.605	2.051.355	3.960.321	7.055.164	8.645.262	10.591.083	10.212.893
Europäische Union	224.296	274.456	761.897	1.146.970	2.163.354	4.423.573	5.577.528	6.906.856	6.431.893
Tschechische Rep.	–	–	1.363	7.350	21.644	60.662	79.841	112.408	114.369
Dänemark	4.193	3.613	9.192	23.801	45.916	94.032	107.982	120.461	150.492
Frankreich	31.688	41.716	97.814	191.434	259.775	628.017	762.124	950.336	991.377
Deutschland	36.630	36.926	111.231	165.914	271.611	475.996	591.461	675.532	700.471
Griechenland	4.524	8.309	5.681	10.971	14.113	29.189	41.288	53.221	36.703
Ungarn	–	–	570	11.304	22.870	61.970	82.094	100.335	63.671
Irland	35.444	36.344	37.989	44.187	127.089	163.530	156.491	193.450	173.420
Italien	8.892	18.976	59.998	65.350	121.170	224.079	294.876	364.839	343.215
Niederlande	19.168	24.699	68.731	116.049	243.733	451.234	513.301	724.074	644.598
Spanien	5.141	8.939	65.916	104.521	156.348	384.538	460.583	605.138	634.788
Großbritannien	63.014	64.028	203.905	199.772	438.631	840.652	1.139.155	1.263.652	982.877
USA	83.046	184.615	394.911	535.553	1.256.867	1.634.121	1.840.463	2.109.876	2.278.892
Schwellenländer	303.532	385.934	529.593	852.489	1.736.167	2.722.292	3.363.925	4.393.354	4.275.982
China	1.074	6.060	20.691	101.098	193.348	272.094	292.559	327.087	378.083
Hong Kong, China	177.755	183.220	201.653	227.532	455.469	523.186	742.368	1.177.461	835.764
Rep. Korea	1.139	1.803	5.186	9.497	38.110	104.880	119.140	119.630	90.693
Macao, China	2.801	2.809	2.809	2.802	2.801	5.164	6.506	7.844	9.749

Quelle: wir 2009 FDI instock. <http://www.unctad.org/Templates/Search.asp?intItemID=1485&lang=1&frmSearchStr=fdi+stock&frmCategory=doc§ion=whole>

2) "United States TNCs, having had a strong presence in Europe since 1950s, were in a position to capitalize on their experience and to make the most of the advantage of European integration and exploit the benefits of competition at the European level." In "The single European Market, the European Monetary Union and United States and Japanese FDI flows to the EU", Transnational Corporations, Volume 19, Nr. 1, April 2010, United Nations, New York and Geneva, 2010, United Nations Conference on Trade and Development, Division on Investment and Enterprise

serve entfiel Ende September 2007 mehr als ein Fünftel (21,8 Prozent) der Bilanzsumme aller Banken in den USA auf Töchter europäischer Banken. Unter den 15 größten Banken in den USA waren Ende Juni 2008 drei Tochtergesellschaften europäischer Banken, u.a. der Deutschen Bank. (FAZ, 26.9.2008)

2. Die EU und die Krise des globalen Kapitalismus

Der Auslöser der gegenwärtigen Krise liegt in den regionalen und globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichten und den aufgeblähten Finanzmärkten. Seit 1987 haben sich regelmäßige Finanzkrisen mit großer Wucht zurückgemeldet, nachdem sie nach dem Zweiten Weltkrieg für ein Vierteljahrhundert einigermaßen gebändigt schienen. Die EU hat sowohl zur Herausbildung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte wie auch zur Aufblähung der Finanzmärkte und der Finanzspekulation maßgeblich beigetragen.

Der wesentliche Anlass für das schnelle Wachstum bzw. die Verselbstständigung der Finanzmärkte und ihre Internationalisierung liegt in der Akkumulation einer riesigen Geldmenge, für die es keine Möglichkeit gibt, sich in der Sphäre der Produktion von Gütern und Dienstleistungen rentabel zu verwerten.

Zur Erschließung neuer Anlagefelder wurden zwei Strategien verfolgt: Einerseits die "Akkumulation durch Enteignung", d.h. die Erschließung neuer Verwertungsfelder durch die Privatisierung ehemals öffentlicher Leistungen und Unternehmen. Die europäischen Verträge wirken in dieser Richtung, indem sie im Namen der Marktöffnung und des "unverfälschten Wettbewerbs" Druck auf die Mitgliedsstaaten in Richtung Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Sozialsysteme, v.a. der Renten sowie im Bereich der Infrastrukturnetze (Telefon, Eisenbahn, Strom, usw.) ausüben.

Gleichzeitig wurde durch die Liberalisierung der Finanzmärkte die Möglichkeit geschaffen, ohne den Umweg über die Herstellung von Produkten oder Dienstleistungen aus Geld mehr Geld zu machen. Damit das wenigstens zeitweilig funktioniert, bedarf es grenzenloser Finanzmärkte und weitgehend unkontrollierter Transaktionsmöglichkeiten. Auch dafür hat die EU mit ihren Verträgen Grundlagen geschaffen. Systematisch wird die Macht der Finanzmärkte, d.h. der Banken, Finanzinvestoren, Ratingagenturen gestärkt.

Die regelmäßigen Crashzyklen der Finanzmärkte zeigen, dass diese neuen "Geschäftsfelder" des neoliberalen Modells das Problem der Überakkumulation nur kurzzeitig lösen können und zu schwerwiegenden ökonomischen Folgen führen.

"Europa zerfällt in zwei Zonen"

Der tiefere Grund der Krisen liegt in den regionalen und globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichten.

Mit der gemeinsamen Währung, dem Maastricht-Vertrag und der Lissabon-Strategie wurde der Wettbewerb zum leitenden Prinzip der EU nach Innen; mit der Konzeption "Global Europe – Competing in the world" nach Außen.

Innerhalb der EU wird der Wettlauf nach unten dadurch befördert, dass wesentliche Bereiche – Sozialpolitik, Steuerpolitik, Finanzpolitik – in der nationalen Politik verblieben und in einen Wettbewerb um die günstigsten Bedingungen für das Kapital versetzt worden sind.

Mit der Lissabon-Strategie (Agenda 2010) wurde die wettbewerbspolitische Formierung der EU nochmals vorangetrieben und alle Politikfelder, die in der EU oder den Mitgliedsstaaten für die sozialstaatliche Entwicklung wichtig sind, in den Dienst der Wettbewerbsfähigkeit gestellt bzw. der wettbewerbspolitischen Zielsetzung untergeordnet. Die EU sollte zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt mit hohem Wachstum und Beschäftigung werden. Diese Ziel wurde zwar verfehlt, aber die Ziele, die Sozialsysteme zu destabilisieren, öffentliches Eigentum zu privatisieren, die Arbeitsmärkte zu deregulieren und die Macht der Finanzmärkte – d.h. der Banken, Finanzinvestoren und Ratingagenturen – zu stärken, wurden erreicht.

Freihandel und gemeinsame Währung – forciert durch neoliberale Politik des Wettbewerbs – führten zur Stärkung der produktiven Regionen und zur Schwächung schwächerer Regionen. Während in Deutschland der Binnenmarkt stagniert, konnten die Exporte in die europäischen Nachbarländer gesteigert werden,³ während umgekehrt die Importe im Verhältnis schrumpften. Ein solches Ungleichgewicht kann nur bestehen, wenn gleichzeitig Transferleistungen bezahlt werden. Da dies jedoch durch die EU-Verträge ausgeschlossen ist, werden die Importe mit Kreditaufnahmen auf den Finanzmärkten – v.a. bei den Banken der Exportüberschussländer – finanziert.

Deutschland erwirtschaftet Jahr für Jahr Exportüberschüsse mit der Folge: Handelsüberschüsse bei den einen, Handelsdefizite und Schulden bei den anderen. Die Spaltung Europas wird auf diese Weise immer tiefer. "Europa zerfällt in zwei Zonen", musste EU-Kommissar Olli Rehn eingestehen. (SZ, 30.11.2010)

"Global Europe: Competing in the world"

Wie die EU nach Innen das Prinzip des Wettbewerbs durchsetzt, so tritt sie nach außen für weltweite Deregulierung, Freihandel und freien Kapitalverkehr ein. Dies wird dadurch begünstigt, dass die Handelspolitik frühzeitig auf der supra-nationalen Ebene angesiedelt wurde. Damit handelspolitische Entscheidungen

3) 2009 gingen 62,9 % der Exporte in die EU-Länder, 6,7 % in die USA, 4,5 % nach China; die Importe kamen zu 58,3 % aus den anderen EU-Ländern, 8,3 % aus China und 5,9 % aus den USA. Quelle: WTO Trade Profiles 2010

nicht zu stark von nationalstaatlichen Interessen und protektionistischen Tendenzen beeinflusst werden können, erhielt die Europäische Kommission die Kompetenz, handelsbezogene Verhandlungen für alle Mitgliedsstaaten zu führen. Mit dem Vertrag von Nizza⁴ wurden auch Verhandlungen, die den Handel mit Dienstleistungen und den Schutz geistigen Eigentums betreffen, der ausschließlichen Zuständigkeit der Kommission übertragen. Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass die Kompetenzen für den Bereich Ausländische Direktinvestitionen (ADI) bei der Europäischen Kommission liegen.

Im Oktober 2006 hat die Kommission mit der Konzeption "Global Europe: Competing in the world"⁵ die Strategie eines für den globalen Wettbewerb gerüsteten Europas entworfen. Ergänzend zu den Verhandlungen und Vereinbarungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO schafft sich die EU durch bilaterale und regionale Abkommen erweiterte Marktzugänge und Investitionsmöglichkeiten für Unternehmen aus der EU in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Der Abbau nichttarifärer Handelsbarrieren und der Zugang zu natürlichen Ressourcen von Entwicklungsländern hat im Rahmen der "Global Europe"-Strategie "höchste Priorität". Hauptziel ist hier die komplette Abschaffung von Exportzöllen und anderer Exportrestriktionen, die Handelspartner nutzen, um ihre eigene Rohstoffversorgung zu sichern. Darüber hinaus geht es um die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte mittels Ausweitung und Verschärfung bereits bestehender Gesetzgebungen in anderen Ländern als auch deren konsequente Anwendung zur effektiven Vermeidung von Produktpiraterie. Des Weiteren soll die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone vorangetrieben werden.

Besonderes Augenmerk legt die EU-Kommission auf den privilegierten Zugriff auf Energie und Rohstoffe. "Energiefragen müssen zu einem zentralen Bestandteil der außenpolitischen Beziehungen der EU werden", erklärte der für Energie zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs im Januar 2007.⁶ Mit der Mitteilung "Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern" im Jahr 2008 setzte die Europäische Kommission ein deutliches Signal zu einer aktiven Rohstoffsicherung.⁷ Am 2. Februar 2011 hat die Europäische Kommission ein neues Strategiepapier angenommen, in dem sie gezielte Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung des Zugangs der EU zu Rohstoffen vorstellt.⁸

Oxfam, WEED und weiteren NGO belegen in einer gemeinsamen Studie,⁹ dass diese Außenhandelsstrategie der EU die Armut in Entwicklungsländern massiv verschärft. "Die EU versucht auf aggressive Weise, ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse von Entwicklungsländern. Im schlimmsten Fall führt die «Rohstoffinitiative» zu Ressourcenraub, der Entwicklungsländer in eine neue Spirale der Armut treibt", sagte David Hachfeld, Handelsexperte bei Oxfam Deutschland.

Diese aggressive Außenwirtschaftspolitik der EU ergänzt die neoliberale Binnenmarktintegration mit dem Ziel gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des globalen Kapitalismus. Vor allem die Schwellen- und Entwicklungsländer sollen an den Rand gedrängt bzw. in einer untergeordneten Rolle in den globalen Kapitalismus integriert werden.

EU und Russland

Wirtschaftskrise und das Problem der Energieversorgung wirken sich auch auf das Verhältnis zwischen Russland und der EU aus. Russland rückt "mit seinen bereits beträchtlichen Liefermengen als mitunter schwieriger Partner in den Fokus", heißt es in der Studie "Peak Oil" des Forschungsinstituts der Bundeswehr.¹⁰ Das Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit ist auf beiden Seiten gewachsen, ist die EU doch der wichtigste Handelspartner Russlands. 2009 gingen über 50 Prozent der russischen Exporte in die EU. Umgekehrt ist die EU der wichtigste Investor in Russland: über 75 Prozent der Direktinvestitionen stammen aus den Mitgliedstaaten der Union. Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag des russischen Ministerpräsidenten Putin zu sehen, mit einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Russland und der EU einen gemeinsamen Kontinentalmarkt von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen. In Putins Darlegungen nahmen eine gemeinsame Industriepolitik, eine abgestimmte Energiepolitik, Wissenschafts- und Forschungspolitik sowie ein intensiverer akademischer Austausch breiten Raum ein. Es ginge nicht darum, das alte Industriezeitalter wieder zu beleben, sondern um eine "hightech-durchdrungene Industrie des postindustriellen Zeitalters". (SZ, 25.11.2010)

Von Seiten der EU ist keine kohärente Strategie gegenüber den Vorschlägen Putins und Russland insgesamt erkennbar. Wirtschaftlich, insbesondere im Bereich der Energieversorgung, wollen einige Akteure mit Russland kooperieren, während andere statt eines strategischen, auf Vereinbarungen basierenden

4) Am 26. Februar 2001 von den Regierungschefs unterzeichnet und zum 1. Februar 2003 in Kraft getreten

5) Global Europe: Competing in the World (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130370.pdf)

6) Außenpolitik ist auch Energiepolitik, in EU-Nachrichten Themenheft Nr. (22/2008.http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/eu_nachrichten/eu-th_22-web.pdf)

7) The Commission's strategy on Raw Materials, (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/october/tradoc_140815.pdf)

8) Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze. (http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/communication_de.pdf)

9) Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht. (http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20101217_rohstoffbericht.pdf)

10) Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen (<http://www.zentrum-transformation.bundeswehr.de>)

Verhältnisses eine von Wettbewerb geprägte Marktbeziehung anstreben. Politisch setzen einige auf Kooperation, andere eher auf Konfrontation, die einen um Spannungen zu vermeiden, die anderen um eine neuerliche Ausdehnung des russischen Macht- und Herrschaftsbereichs zu unterbinden.

Die oben genannte Bundeswehrstudie warnt, dass die Beziehungen zu Russland für Deutschland "mit einem Balanceakt zwischen stabilen und privilegierten Beziehungen zu Russland und den Befindlichkeiten seiner östlichen Nachbarstaaten verbunden" seien und dass dies "für den innereuropäischen Zusammenhalt enorme Zerreißproben mit sich bringen kann, illustrieren die Verwerfungen um den Bau der Ostseepipeline sowie der Gaspipelines Nabucco und South Stream." Die Schlussfolgerung der Bundeswehrforscher: "Folglich stellt eine engere Anbindung Russlands an Deutschland und Europa eine zentrale Aufgabe deutscher und europäischer Politik dar."

Globale Ungleichgewichte

Das Wachstumsmodell der EU und des globalen Kapitalismus basieren auf dem gleichen Prinzip: einige hochproduktive und konkurrenzfähige Länder (in der EU: Deutschland, Niederlande), China und – bisher – Japan erzielen Exportüberschüsse, die anderen – die Mehrzahl der europäischen Länder und die USA – konsumieren in fremden Ländern produzierte Konsumgüter und bezahlen mit dem Geld, das aus den Exportüberschuss- und Ölländern als überschüssiges Kapital zufließt.

Die EU – v.a. Deutschland – zählt neben China und Japan zu den großen Geldgebern der USA. Während China überwiegend US-amerikanische Staatsanleihen aufkauft, legen die Investoren aus Europa ihr Kapital kurzfristig in Bankguthaben, bei privaten Gläubigern und in Aktien an. Allerdings investieren sie auch nahezu ein Fünftel – weit mehr als die Kapitalanleger aus Asien oder den Ölländern – als ADI in Unternehmen.

Dieses Wachstumsmodell des globalen Kapitalismus hat sich erschöpft und befindet sich in einer strukturellen Krise. Diese strukturelle Krise hat – und verstärkt durch die Übernahme der Schulden der Banken durch die öffentliche Hand – zu einer tiefen ökonomischen Krise der EU-Mitgliedsländer und einer politischen Krise der europäischen Integration geführt: Staatsverschuldung, Stagnation, hohe Arbeitslosigkeit prägen die meisten EU-Mitgliedsländer.

"Europa wurde zum Zentrum der globalen Krise und zum Nachzügler in der globalen Erholung, weil zu den hausgemachten Problemen die Verwundbarkeit seines wackeligen Finanzmarktes dazukommt", schreibt die UNCTAD.¹¹

3. Die EU in einer sich verändernden Welt

Europas Gewicht in der Weltwirtschaft geht zurück. 1999, als der Euro eingeführt wurde, war Deutschland die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt nach den USA und Japan. Gefolgt von drei weiteren europäischen Staaten: Großbritannien, Frankreich und Italien. Spanien lag auf dem neunten Platz.

Heute steht die VR China auf Platz zwei nach den USA, Deutschland ist auf Platz vier abgerutscht, Brasilien hat Spanien überholt und Indien ist dabei, dies ebenfalls zu tun. Viele Staaten der EU sind hoch verschuldet und haben Probleme, sich auf den Finanzmärkten zu refinanzieren.

Europa ist die Region, in der die Auslandsdirektinvestitionen am stärksten eingebrochen sind, bilanzierte die UNCTAD im Januar 2011.¹² Nach dem historischen Höhepunkt im Jahr 2001 ist der Zu- und Abfluss von Direktinvestitionen der entwickelten Länder in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008/2009 scharf eingebrochen. Europa war – im

Führende Exporteure und Importeure im Welthandel mit Gütern 2007 – in Mrd. USD und prozentualer Anteil									
Rang	Exporteur	Wert	Anteil	jährliche Änderung	Rang	Exporteur	Wert	Anteil	jährliche Änderung
1	Deutschland	1.326,4	9,5 %	20 %	1	USA	2.020,4	14,2 %	5 %
2	China	1.217,8	8,7 %	26 %	2	Deutschland	1.058,6	7,4 %	17 %
3	USA	1.162,5	8,3 %	12 %	3	China	956	6,7 %	21 %
4	Japan	712,8	5,1 %	10 %	4	Japan	621,1	4,4 %	7 %
5	Frankreich	553,4	4,0 %	12 %	5	Großbritannien	619,6	4,4 %	3 %
6	Niederlande	551,3	4,0 %	19 %	6	Frankreich	615,2	4,3 %	14 %
7	Italien	491,5	3,5 %	18 %	7	Italien	504,5	3,5 %	14 %
8	Großbritannien	437,8	3,1 %	-2 %	8	Niederlande	491,6	3,5 %	18 %
9	Belgien	430,8	3,1 %	9 %	9	Belgien	413,2	2,9 %	17 %
10	Kanada	419,0	3,0 %	10 %	10	Kanada	389,6	2,7 %	9 %

Quelle: WTO_2008_leading_exp_merch_i08.xls

11) "Europe has become the centre of the global crisis and a laggard in the global recovery, as its home-grown problems add to the vulnerability of its shaky financial markets." (UNCTAD-Trade and Development Report-2010-overview.pdf)

12) "Europe stood out as the subregion where flows fell most sharply." (Global Investment Trends Monitor, Nr. 5, 17. Januar 2011, UNCTAD_Global and Regional FDI Trends in 2010.pdf)

Unterschied zu den USA, die ein "Allzeithoch" von ADI-Zuflüssen verzeichnen konnten – besonders stark betroffen.¹³

2010 erholten sich das Volumen der weltweiten ADI mit 1.122 Milliarden USD (verglichen mit 1.114 Mrd. USD im Jahr 2009) auf den Stand von 2005. Es haben sich jedoch gravierende Veränderungen vollzogen. Erstens: Mit Ausnahme von den USA, Frankreich und Deutschland sind die ADI-Zuflüsse in die kapitalistischen Zentren weiter rückläufig gewesen; sie sind um 7 % auf 527 Mrd. USD gefallen.

Zweitens: Mehr als die Hälfte aller ADI-Zuflüsse und ein Viertel der ADI-Abflüsse geht auf das Konto der Entwicklungs- und Schwellenländer. Unter den Empfängerländern steht China nun an zweiter Stelle hinter den USA. Eine der Folgen: In China ist nun mit 16 Millionen Arbeitern die größte Zahl von Beschäftigten in Auslandsfilialen transnationaler Konzerne zu finden; 20 Prozent der gesamten, weltweit Beschäftigten in Auslandsfilialen.

Bei Direktinvestitionen ins Ausland steht China/China Hongkong nun ebenfalls an zweiter Stelle hinter den USA und vor Japan. Chinesische Konzerne, Banken und Staatsfonds expandieren ins Ausland und beteiligen sich an Unternehmen in Europa.

Deutschland exportiert sich aus der Krise

Während die EU anhaltend von der Krise gebeutelt wird, die Arbeitslosigkeit hoch und der Zufluss an ADI rückläufig ist, konnte Deutschland seine Stellung als attraktiver Standort für Investitionen und als Produktionsstandort der TNK aus aller Welt verteidigen und sich auf Kosten der anderen Staaten aus der Krise exportieren. "Im Grunde genommen", bedeute dies aber, schreibt die UNCTAD, dass die "Arbeitslosigkeit in den Rest der Welt exportiert" wird.¹⁴ Die Internationale Arbeitsorganisation ILO kritisiert in ihrem globalen Lohnbericht 2010, dass Deutschland eine Exportstrategie verfolgt, die auf Niedriglöhnen basiert. Während die preisbereinigten globalen Durchschnittslöhne in den zurückliegenden zehn Jahren um fast ein Viertel angestiegen sind, sind sie in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken.¹⁵

Die extreme Exportorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft spaltet aber nicht nur Europa, sondern auch die eigene Gesellschaft, verhindert eine Lösung der Krise und verschlechtert die Bedingungen für eine solidarische Politik und Entwicklung. Trotzdem ist EU-Handelskommissar De Gucht der Meinung: "Deutsch-

land macht, was alle Länder der Europäischen Union machen sollten: mehr exportieren". "Deutschland zieht Europa aus der Krise".

Unter Führung der deutschen und französischen Regierung und unterstützt von Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds wird nun mit dem "Pakt für den Euro" (ursprünglich "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" genannt) die deutsche Politik der aggressiven Exportorientierung, der massenhaften Prekarisierung und des Lohnabbaus europaweit exportiert.

Doch wohin soll exportiert werden, wenn alle exportieren? Aber dahinter steckt die alte neoliberale Logik der Europäischen Union: Wettbewerb Aller gegen Alle um die niedrigsten Löhne, die längsten und flexibelsten Arbeitszeiten, die niedrigsten Sozialstandards und die niedrigsten Unternehmenssteuern. Die Krise wird genutzt, um die Spirale noch weiter zu drehen. Mit der Folge, dass die Spaltung Europas immer weiter vertieft wird und Europa immer weiter auseinanderdriftet. Aber auch die globalen Ungleichgewichte werden immer weiter vergrößert. Da auch nach Auffassung der G20 Handelsungleichgewichte eine Quelle globaler wirtschaftlicher Instabilitäten sind, wird nun Deutschlands Verantwortung für Schiefagen in der Weltwirtschaft untersucht. Neben Deutschland werden sechs weitere Staaten mit besonders hohen Handelsüberschüssen oder -defiziten überprüft: China, Frankreich, Großbritannien, Japan, Indien und die USA.

Deutschland zieht Europa nicht aus der Krise, sondern wird durch die Schwellenländer China, Indien und Brasilien sowie durch die Konjunkturprogramme und Verschuldung der USA und der EU-Nachbarländer seinerseits aus der Krise herausgezogen. Gerade weil die in Deutschland produzierenden Unternehmen die EU-Nachbarländer mit einer Exportwalze überrollen, sind dort die Schuldenberge gewachsen. Die Übernahme der Risiken der Banken durch die öffentliche Hand hat den Staatshaushalten den Rest gegeben.

Die gegenwärtigen Mechanismen der Finanzierung der Staatsschulden führen dazu, dass die öffentlichen Schulden nie abgebaut werden können, sondern auf endlose Zeit ein ständig wachsender Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in die Taschen der Gläubiger fließt. Die Staatsverschuldung ist das Instrument, mit dem die Sparprogramme legitimiert werden. Gleichzeitig geben die EU und die Regierungen damit den "Finanzmärkten", d.h. den Banken, Finanzinvestoren, Ratingagenturen und Superreichen, noch mehr Macht.

13) "Als die wirtschaftliche und finanzielle Krise und der sich beschleunigende wirtschaftliche Abschwung allen größeren Volkswirtschaften der Welt ernsthaft zusetzte, fielen die ADI-Flüsse nach und von entwickelten Ländern 2008 scharf, nachdem sie 2007 historische Höchststände erreicht hatten.

Hereinfließende ADI fielen um 20 % auf 963 Milliarden Dollar, und diese Rückgänge fanden in allen größeren Wirtschaftsgesellschaften außer in den USA statt. Die ADI, die in die EU-27 gingen, fielen 2008 um 40 % auf 503 Mrd. Dollar, so wie die Finanzkrise und der ökonomische Abschwung zu einem Rückgang der ADI-Importe in die Mehrzahl dieser Länder führte. Im Gegensatz dazu stiegen die ADI-Importe in die Vereinigten Staaten hauptsächlich aus europäischen Ländern um 17 %, womit sie ein Allzeit-Hoch von 316 Mrd. Dollar erreichten." (Transnational Corporation, Volume 18, Number 2, August 2009, FDI Trends, Policies and Prospects; UNCTAD, Division on Investment and Enterprise)

14) "Und die Abwertung des Euro in der ersten Hälfte 2010 bedeutete im Wesentlichen den Export von Arbeitslosigkeit in den Rest der Welt." (UNCTAD-Trade and Development Report-2010-overview.pdf)

15) http://www.ilo.org/global/publications/ilo-bookstore/order-online/books/WCMS_145265/lang-en/index.htm

Dies ist jedoch kein "Fehler" der Politik, sondern die Folge der neoliberalen Konstruktion der Europäischen Union. Und diese ist beabsichtigt.

Die EU erhält eine "Wirtschaftsregierung"

In der Krise zeigt sich: je größer die Selbstzerstörungskräfte des Marktes werden, desto stärker wird das Interesse an regulierenden Eingriffen, an Spielregeln, die die kapitalistische Profitwirtschaft stabilisieren. Schritt für Schritt bilden sich in einem widersprüchlichen Prozess weitere Elemente einer transnationalen, einer globalen Staatlichkeit heraus.

Nicht nur, dass es in der Krise keinen Rückschlag in Richtung Protektionismus gab – Institutionen wie die G20 wurden zu einem wichtigen Forum für die imperialistischen Zentren, um ihre Ziele konsensfähig zu machen. Die G20 machte eine Reihe wesentlicher Vorschläge zur Schließung von Steueroasen, zur Koordinierung der Aktionen der Zentralbanken, für neue Regulierungen der Finanzmärkte, ...

Die Rolle des Internationalen Währungsfonds IWF wurde aufgewertet. Die G20 haben den IWF beauftragt, Leitlinien für die vereinbarten Kriterien zur Messung globaler Ungleichgewichte auszuarbeiten. Er ist an den Stabilisierungsprogrammen in einer Reihe osteuropäischer Länder beteiligt. Ohne unabwendbare finanzielle Notwendigkeit wurde der unter Dominanz der USA stehende IWF in den Euro-Rettungsschirm EFSF (European Financial Stability Facility) einbezogen.

Wurde im Zuge der Verschärfung der Euro-Krise das Scheitern der Union an die Wand gemalt, so geschieht nun im Ergebnis eines erstaunlichen Prozesses das Gegenteil. Vor der Finanzkrise hatte die EU-Kommission nicht nur die direkte Subventionierung von Banken angegriffen, sondern schon die staatliche Beteiligung an den Banken. Denn Beihilfen, d.h. Subventionen der Nationalstaaten an "ihre" Unternehmen sind nach dem EU-Vertrag grundsätzlich verboten, sie können aber von der EU-Kommission genehmigt werden. Mit der Wirtschaftskrise wurden erst Ausnahmen gemacht und inzwischen ist aus der Ausnahme die Regel geworden – selbstverständlich ohne dass die Vertragstexte geändert worden wären. Die Mitgliedstaaten subventionieren die Banken schrankenlos und ohne jeden Skrupel. Die Zustimmung der Kommission ist eine Formalität, entsprechende Entscheidungen werden am Fließband produziert. Weil sie keinen offenen Bruch riskieren will, lässt die Kommission die geltenden Regeln fallen und formuliert als neuen Grundsatz: "Angesichts des Ausmaßes der Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben in den Mitgliedstaaten ist die Kommissi-

on der Ansicht, dass bestimmte Arten staatlicher Beihilfen für begrenzte Zeit gerechtfertigt sind, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden."¹⁶

Mit dem "Euro-Pakt" verpflichten sich die Mitgliedsländer der Eurozone, das Renteneintrittsalter anzuheben und eine "Schuldenbremse" nach deutschem Muster einzuführen. Zudem soll die Kopplung der Löhne an die Inflationsentwicklung, wie sie in etlichen EU-Ländern üblich ist, abgeschafft werden, um so Reallohnsenkungen durchzusetzen. Neu ist auch, dass sich die Euro-Staaten in der Steuerpolitik enger abstimmen sollen. Dieser "Euro-Pakt" ist die Bedingung für die Etablierung eines dauerhaften EU-Rettungsfonds ESM (European Stability Mechanism), der ab 2013 den gegenwärtigen und vorläufigen Rettungsschirm EFSF (European Financial Stability Facility) ablösen soll. Unter dem Vorwand der Krisenbekämpfung und ermuntert durch den Internationalen Währungsfonds haben EU-Kommission und Rat der EU beschlossen, bereits ab 2011 die nationalen Haushalte – Land für Land – unter dem Titel "Europäisches Semester" der Genehmigung und Kontrolle durch die EU-Kommission zu unterwerfen. Länder die Mittel aus dem Rettungsfond in Anspruch nehmen, werden strengen Sparprogrammen unter Aufsicht von EZB und EU-Kommission unterworfen.

Damit wird die Demokratie noch weiter unterhöhlt: Wenn die EU, wie es das Bundesverfassungsgericht im Urteil zum EU-Reformvertrag von Lissabon feststellte, sich nicht selbst demokratisch legitimieren kann, sondern ihre Entscheidungen vielmehr mittelbar über die nationalen Parlamente legitimiert werden müssen, dann ist es ein einschneidender Angriff auf die parlamentarische Demokratie, wenn die nationalen Parlamente ausgerechnet in ihrem Budgetrecht beschränkt werden, indem dieses unter europäische Aufsicht gestellt wird.

Die EU erhält militärische "Muskeln"

Der Direktor des offiziellen Institutes der EU für Sicherheitspolitik EUISS, Alvaro de Vaconcelos, stellt fest, dass die EU-Länder inzwischen ihre Differenzen in der europäischen Verteidigungspolitik beiseite geschoben haben und dabei sind, der europäischen militärischen Kooperation "Muskeln" zu geben.¹⁷ Als Grund wird in einer Studie des Instituts genannt, dass die Welt rund um die EU in schnellen Veränderungen sei: das Wachstum und der Einfluss Chinas, Indiens, der BRIC insgesamt; die wachsende Abhängigkeit Europas von Rohstoffen; der Indische Ozean als Hauptschauplatz des künftigen Ringens der Großmächte. "Die Welt wird bezüglich der relativen Machtverhältnisse neu definiert", heißt es. Die brauche die EU eine "Grand Strategy",¹⁸ denn in einer mul-

16) Mitteilung der Kommission Vorübergehender Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, 2009/C 16/01. (nach "Die Große Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die EU", ISM, 2010)

17) Alvaro de Vasconcelos, Introduction – 2020: Defence beyond the transatlantic paradigm, in "What ambitions for European defence in 2020, European Union Institute for Security Studies EUISS, July 2009

tipolaren Welt der Großmächte würden selbst die stärksten europäischen Staaten bestenfalls im Mittelfeld mitspielen können. Deshalb sei eine EU mit militärischer Macht und globaler Reichweite erforderlich. Zusätzlich müsse sie auch über enge Bande mit anderen global playern verfügen. Nur so könne die EU die Weltordnung beeinflussen. Diese globale Rolle der EU sei aber auch die Voraussetzung für "Beziehungen unter Gleichen" mit den USA.

Dass dies keine Absicht mehr ist, sondern eine Realität, zeigt sich daran, dass die EU in den zurückliegenden zehn Jahren zu 22 internationalen Missionen in vier Kontinenten mit 10.000 Soldaten und 4.000 Polizisten beigetragen hat. Die EU habe die Glaubwürdigkeit ihrer militärischen Fähigkeiten in Afrika, im Kongo und im Tschad unter Beweis gestellt und bewiesen, dass sie zu schnellen Eingreifaktionen in der Lage ist – wenn der politische Wille vorhanden ist –, heißt es in der oben genannte Studie.

Die Schlussfolgerung: Die EU solle eine "zivile Macht" bleiben, aber mit einer angemessenen militärischen Fähigkeit, die eine "ausbalancierte Kombination von Soft- und Hard-Power" erlaubt. Denn die EU werde in wachsendem Maße nicht nur "friedenserhaltende Missionen" durchführen, sondern auch "friedensschaffende". Die EU werde zunehmend zu Krisenmanagement in Regionen gefordert sein, wo die USA nicht eingreifen können oder nicht eingreifen wollen. Bei diesen Einsätzen werde die Nato – "die mehr und mehr die globale Macht der EU braucht, um ihre Missionen erfolgreich durchführen zu können"¹⁹ – ein Kooperationspartner sein.

Da Russland das "unklare Schlüsselproblem" darstelle, brauche die EU die "harte militärische Macht" wie auch die Fähigkeit zu "asymmetrischen Formen der Zerstörung, insbesondere im Bereich der Kommunikation, Information, Kybernetik" aber auch deshalb, um den Gegner im "eigenen Sinn beeinflussen" zu können oder um bei einer "direkten militärischen Konfrontation den Sieg" zu sichern. (alle Zitate aus oben genannter Studie des EUISS)

Neben der militärischen Absicherung des weltweiten Zugriffs auf Ressourcen, der Sicherung der Handels- und Transportwege und der Eindämmung Russlands und Chinas geht es auch darum "die globalen Reichen von den Spannungen und Problemen der Armen abzuschotten".²⁰

Dies ist auch der Hintergrund für die Anpassung von Nato- und EU-Militärstrategie bis zu den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr und der neuen, im Dezember 2010 beschlossenen Militärstrategie Japans, die die Allianz mit den USA stärkt und

sich offener denn je gegen China richtet. Die erhebliche Aufwertung der Europäischen Union als "strategischer Partner" der Nato in deren neuem strategischen Konzept deutet auf eine noch stärkere künftige Verzahnung beider Organisationen hin.

Um der EU eine globale Reichweite in einer zunehmend krisenhaften und multipolaren Welt zu geben, werden deren militärische Kooperation und die militärischen Kapazitäten ausgebaut. Damit verschafft sie sich die Möglichkeit, selbstständig oder in Kooperation mit anderen Ländern weltweit militärisch zu intervenieren.

Aber neben dem permanenten Krieg an der Peripherie ist die Gefahr eines "großen" Krieges auch nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz durchaus nicht aus der Welt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Kräfteverschiebung von Europa und USA nach Asien nicht in einem allmählichen Prozess erfolgt, sondern, dass der kollektive Imperialismus seine Vormacht militärisch verteidigen will und dabei die ganze Welt in einen Strudel der Vernichtung reißt.

Literatur

"EU enlargement and consequences for FDI assisted industrial development", in Transnational Corporations, Volume 18 Number 2 August 2009, United Nations, New York and Geneva, 2009, United Nations Conference on Trade and Development, Division on Investment and Enterprise

"The single European Market, the European Monetary Union and United States and Japanese FDI flows to the EU", in Transnational Corporations, Volume 19 Number 1, April 2010, United Nations, New York and Geneva, 2010, United Nations Conference on Trade and Development, Division on Investment and Enterprise)

Die Große Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die EU, Matthi Bolte, Andreas Bovenschulte & Andreas Fisahn, Institut Solidarische Moderne, 28. August 2010

"Globale Europe", Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2007

World Investment Report, UNCTAD

What ambitions for European defence in 2020, European Union Institute for Security Studies EUISS, Juli 2009

Europe's World, <http://www.europesworld.org/>

Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik, Gretchen Binus, Juni 2010

Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht, http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20101217_rohstoffbericht.pdf

18) Jolyon Holworth, Implementing a «Grand Strategy», in "What ambitions for European defence in 2020, EUISS, July 2009

19) Nicole Gnesotto, The need for a more strategic EU, in "What ambitions for European defence in 2020, EUISS, July 2009

20) "Die politischen Ursachen für gewaltsame Konflikte haben sich von Konflikten innerhalb den Angehörigen der Elite-Gemeinschaft zu Spannungen zwischen ungleichen globalen, sozial-ökonomischen Klassen verschoben." (S. 57) "... Die Welt der Zukunft wird von neuen Kriegen überflutet: asymmetrische Kriegsführung und regionale Konflikte verschiedener Art – Aufstände, Bürgerkriege, Banditentum, Piraterie, Kriminalität und Terrorismus. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird durch die Antwort auf diese Art von Konflikten getrieben." (S. 40) (In: "What ambitions for European defence in 2020, EUISS, July 2009

Conrad Schuhler

Warum der Euro in Gefahr ist und wir eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik brauchen

1. Die Krise der Euro-Zone ist Teil der gegenwärtigen Strukturkrise des globalen Kapitalismus

Das globale System des Kapitalismus ist dabei, in eine Phase umfassender Staatsbankrotte abzugleiten, mit den entsprechenden weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Im Euro-Raum liegt die Staatsverschuldung bei über 85 % des Bruttoinlandsprodukts. In den USA liegt sie noch höher – bei 93 %. In Japan noch viel höher – bei rund 230 % des BIP. Deutschland, das eine Staatsverschuldung von 2 Billionen Euro und damit von mehr als 75 % des BIP aufweist – also keineswegs ein Musterschüler in der Euro-Klasse, sondern voll im Trend der Währungsunion – muss 2010/2011 14 % seines BIP aufbringen, allein um die fälligen Staatsschulden zu bezahlen. Für die USA beträgt dieser Jahresfinanzierungsbedarf in Sachen Staatsschulden 27 %, für Japan sind es 60 % des BIP.¹ Der Staat USA wäre, käme es nicht zu einer prinzipiellen Neuregelung zwischen Demokraten und Republikanern, spätestens im Juli dieses Jahres zahlungsunfähig und müsste seine Tätigkeit einstellen. Schon vor Wochen hat die Ratingagentur Standard & Poors damit gedroht, dem Staat USA und damit seinen Staatsanleihen die Höchst-Bonität zu entziehen und die Papiere auf "bedenklich" herunterzustufen. Die Folge war ein erneuter Absturz des Dollarkurses.

Es ist diese Tatsache, dass die USA und Japan in Sachen Staatsverschuldung und Geldstabilität noch miserabler dastehen als die Euro-Zone, die den Außenkurs des Euro bisher hochgehalten hat. 60 % der Weltdevisenbestände figurieren in Dollar, 30 % in Euro, die Rest von 10 % vor allem in Yen, Pfund und Yuan, der nicht frei konvertibel ist und damit aus der Rechnung herausfällt. In diesem Umfeld von Schwerkranken kann sich auch der kranke Mann Europa mit seinem Euro-Außenkurs behaupten. Den Zeit-Herausgeber und Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt hat dies veranlasst, in der jüngsten "Zeit" zu behaupten, dem Euro ginge es doch gut, wie man an seinem Wechselkurs sähe. Es gäbe keine Euro-Krise, nur eine Krise der Institutionen und der Politik in der Euro-Zone. Tatsächlich steckt auch die Währung in einer ersten Krise, wie man an den auseinanderklaffenden Zinsraten für Staatsanleihen in den verschiedenen europäi-

schen Regionen ablesen kann. Aber natürlich geht es, wenn hier von einer Krise gesprochen wird, nicht um eine im bloß währungstechnischen Sinn, was den Preis des Euro auf den internationalen Finanzmärkten angeht. Es geht um das gesamte Gefüge im Währungs- und Wirtschaftsraum des Euro und dies weist alle Anzeichen einer ersten Krise auf.

Das bisherige Modell des Überlebens der staatlichen Pleiteagenturen besteht vor allem darin, neue Kredite aufzunehmen, um die alten Schulden zu bezahlen. Doch mit dieser Methode wächst die Schuldensumme der öffentlichen Hände ins Astronomische. Griechenland, dessen Staatsschulden mit rund 350 Mrd. Euro etwa 150 % seines BIP ausmachen, muss 2010/11 25 % des BIP für den staatlichen Schuldendienst aufbringen. Die berühmten Märkte kaufen aber Staatsanleihen Griechenlands mit einer Laufzeit von 2 Jahren nur noch zu einem Zins von 25 %. Für die knapp 90 Milliarden, die Griechenland an Schuldenbedienung kurzfristig aufbringen muss, müssen sich die Griechen um weitere rund 135 Milliarden neu verschulden – nämlich die 90 Milliarden, die sie nach zwei Jahren zurückzahlen müssen plus die 25 % Zinsen, die sie in jedem der beiden Jahre zu zahlen haben.



Da die Defizitländer der Euro-Zone sich weder aus eigener Kraft noch über die Finanzmärkte refinanzieren können, haben die Euro-Länder unter Anführung Deutschlands und Frankreichs große Rettungsschirme aufgespannt, also Kredite der öffentlichen Hände der

1) Bei den Daten stützt sich der Vortrag vor allem auch auf das isw-Wirtschaftsinfo 44: Bilanz 2010 – Ausblick 2011 – Fakten und Argumente zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der Euro-Zone

Euro-Länder eingebracht. Die in den verschiedenen Euro-Hilfsprogrammen festgelegten Haftungssummen beziffern sich heute auf 1,542 Billionen Euro, ein Wert, der drei Fünftel des deutschen Bruttoinlandsprodukts beträgt. Allein Deutschland steht mit einem Anteil an den Gemeinschaftskrediten von 391 Milliarden Euro und weiteren 321 Milliarden Euro an Bundesbank-Krediten für einzelne Euro-Länder in der Kreide. Weit mehr als ein Viertel des deutschen BIP ist mit Bürgschaften, Anleiheaufkäufen und Bareinzahlungen direkt gebunden an das Meistern der Krise in der Euro-Zone.

Während in den Defizitländern die Menschen unter den von den Kreditgebern wie Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationalem Währungsfonds erzwungenen Sparregimes leiden, wächst in den Überschussländern der Zorn über die weitere Alimentierung des Euro-Modells durch Steuergelder. Dieser Zorn entlädt sich vor allem nach rechts. In Finnland haben die sogenannten "Wahren Finnen" mit ihrem Programm gegen die angeblichen "Verschwenderstaaten" bei der jüngsten Wahl 19 % der Stimmen erzielt und werden wohl Teil der nächsten Koalitionsregierung. In Frankreich lag der Front National der Le Pen-Tochter bei den Regionalwahlen nur knapp hinter der Partei des Präsidenten Sarkozy. In den Niederlanden und Dänemark hängen die Regierungen von der Duldung Euro-feindlicher Rechtsparteien ab. In der Slowakei und Italien sitzen diese direkt in den Regierungen.

Ganz offenkundig funktioniert in der Euro-Zone weder die Währungs- noch die Wirtschaftsunion. Und immer größere Teile der Bevölkerung stehen einmal dem Prinzip des Euro-Systems ablehnend gegenüber, und andere verlangen eine völlig andere Art der Krisenbewältigung. Was sind die Gründe für die Krise – welche Auswege sind vorstellbar, wünschbar und durchsetzungsfähig?

Geht es dem Euro gut, weil es anderen noch schlechter geht?

Wenn man von der Krise des Euro-Systems spricht, dann muss man, wie gesagt, wissen, dass es nicht um eine regionale Sonderkrise geht, sondern um die des globalen Kapitalismus insgesamt. Dieser befindet sich in einer ernsten Strukturkrise, womit gesagt sein soll, dass die tragenden Fundamente der gegenwärtigen Akkumulationsweise des Kapitalismus brüchig geworden sind. Dieses Fundament bestand vor allem darin, dass die einzelnen nationalen Wirtschaften zu so genannten nationalen Wettbewerbsgesellschaften getrimmt wurden, wo die Profitbedingungen der Unternehmen optimiert werden, um so auf den internationalen Märkten besonders wettbewerbsfähig zu sein.

Optimierung der Wettbewerbsfähigkeit bedeutet nach dieser Strategie die relative Senkung der Löhne und Gehälter und der Sozialleistungen, die möglichst geringe Besteuerung von Unternehmer- und Vermö-

genseinkommen sowie die höchstmögliche Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft. Eine gravierende Folge besteht im Zurückbleiben der kaufkräftigen Nachfrage im Inland im Verhältnis zur rasch steigenden Produktionspotenz der Wirtschaft. Würden alle nationalen Gesellschaften so vorgehen, gäbe es weltweit eine gewaltige Überakkumulation, da der Weltmarkt nichts anderes sein kann als die Addition der nationalen Märkte.

Es war die "Königs idee" des Neoliberalismus, Staubsauger für die Waren zu installieren, die im eigenen Land nicht abzusetzen waren. Im System der globalen Wirtschaft mussten Defizitländer existieren, die Überschüsse aus anderen Ländern aufnahmen. Die Frage war, womit die Defizitländer ihre Defizite bezahlen würden. Die Antwort: Mit Krediten aus den Überschussländern.

Als Staubsauger Nr. 1, als sogenannter "Markt der letzten Instanz", funktionierten die USA. Über 5 % des Bruttoinlandsprodukts der USA waren im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends vom Ausland finanziert. Die Hauptgeldgeber waren logischerweise die Exportweltmeister China, Deutschland und Japan, die – genauer gesagt: deren Export- und Finanzindustrie – auf diese Art und Weise doppelt verdienten: einmal über den Warenexport mit den dort erzielten Profiten, zum anderen über den Kapitalexport mit den dort erhaltenen Zinsen. Die Dummen in dieser Rechnung waren vor allem auch die abhängig Beschäftigten und Subalternen in den Überschussländern. China hat jährlich (2006) rund 8 % seines BIP als Kapital exportiert, Deutschland 5 bis 6 %. Mittel, die für den Einsatz im eigenen Land fehlten.

Das Geheimnis des globalen Wirtschaftsmodells: Schulden

Will man das innere Geheimnis des globalen neoliberalen Wirtschaftsmodells in einem Wort bündeln, so müsste dieses Wort lauten: "Schulden". Schulden sind in einem Gefüge von Überschuss- und Defizitländern, in einem System der Ungleichgewichte, nicht störendes und abbaufähiges Beiwerk, sondern sie sind deren fundamentale Voraussetzung. Gleichzeitig sorgen sie dafür, dass die Ungleichgewichte und das heißt: Überschüsse und Defizite bzw. Kredite und Schulden ständig fortgeführt und ausgeweitet werden.

Die Euro-Zone ist ein Teil der globalen Krise in einem doppelten Sinn. Zunächst einmal gilt das Prinzip der Ungleichgewichte, der schuldenfinanzierten Defizite der einen zugunsten der Exportüberschüsse der anderen, nicht nur weltweit, sondern gerade auch im Rahmen der Euro-Zone. Im Intra-EU-Handel haben nur sechs der 17 Euroländer eine positive Handelsbilanz, nämlich neben Deutschland die Niederlande, Belgien, Irland und die eng in die deutschen Produktionsketten eingebundenen Slowakei und Slowenien. Die größten Überschussländer, Deutschland und Niederlande, gehören auch zu den größten Kreditgebern, so wie umgekehrt die größten Defizitländer –

Griechenland und Portugal – zu den größten Schuldnern gehören. Allein auf die deutschen Banken entfallen weit über 20 % der Auslandsforderungen von Banken an Euro-Länder in Höhe von knapp 8 Billionen Dollar. Die große Ausnahme bildet Irland, das 2010 sowohl einen Überschuss im Handel wie im Kapitalverkehr mit dem Ausland aufweist. Die faktische Insolvenz des irischen Staates erklärt sich komplett aus der Übernahme der gewaltigen Bankschulden durch die öffentliche Hand.

Die wachsende Polarisierung der Euro-Zone in reiche Gläubigerländer und arme Kreditnehmerländer gründet in den strukturellen wirtschaftlichen Unterschieden der nationalen Volkswirtschaften, die sich im Lauf der Jahre in der Währungsunion noch vertieften, umso mehr, als sich die einzelnen Volkswirtschaften nun nicht mehr durch Abwertung der eigenen Währung gegen die übermächtige Konkurrenz aus dem Ausland wehren konnten.



Mit der Gründung der gemeinsamen Währung und dem Einheitlichen Europäischen Markt ab 1992 wurde der schrankenlose Wettbewerb zum leitenden Prinzip der EU nach innen. Wesentliche Bereiche – Sozial-, Steuer-, Finanzpolitik – waren in der Kompetenz der nationalen Politik verblieben. Im Wettbewerb um das im Euro-Maßstab frei fließende Kapital mussten diese Politikbereiche in einen optimalen Zustand für dieses Kapital versetzt werden.

Mit der Lissabonstrategie wurde die wettbewerbspolitische Formierung der EU nochmals vorangetrieben und alle Politikfelder, die in der EU oder den Mitgliedsstaaten für die sozialstaatliche Entwicklung wichtig wären, in den Dienst der Wettbewerbsfähigkeit gestellt bzw. der wettbewerbspolitischen Zielsetzung untergeordnet. Bis 2010 sollte die EU bekanntlich der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt mit hohem Wirtschaftswachstum und hoher Beschäftigung werden. Dieses Ziel wurde zwar erheblich verfehlt, doch die Ziele, die Sozialsysteme zu destabilisieren, öffentliches Eigentum zu privatisieren, die Arbeitsmärkte zu deregulieren und die Macht der Finanzmärkte zu stärken, wurden erreicht.

"Europa zerfällt in zwei Zonen"

Freihandel und gemeinsame Währung und die forcierte neoliberale Wettbewerbspolitik brachten im Ergebnis die Stärkung der produktiven Regionen und die weitere Schwächung der unterlegenen Gebiete und Staaten. Während in Deutschland der Binnenmarkt stagnierte, konnten die Exporte in die europäischen Nachbarländer gesteigert werden, während umgekehrt die Importe relativ schrumpften. Die wachsenden Handelsüberschüsse und Kreditvergaben auf der einen und die Zunahme von Handelsdefiziten und Schulden auf der anderen Seite, brachte selbst den zuständigen EU-Währungskommissar Ollie Rehn zu dem Fazit: "Europa zerfällt in zwei Zonen".

Die EU als Glacis des globalen Kapitals

Die EU-Strategie richtet sich aber nicht nur nach innen, auf den Wettbewerb der Länder innerhalb der Gemeinschaft, sondern auch nach außen, in die Weltwirtschaft hinein. 2006 hat die EU-Kommission eine Konzeption vorgestellt unter dem Titel "Global Europe: Competing in the world" – Globales Europa – als Wettbewerber in der Welt. Es ging und geht um den planmäßigen Ausbau Europas als Standort für das globale Kapital. Diese Kennzeichnung ist bedeutsam – es handelt sich keineswegs um eine alleinige Unternehmung des EU-Kapitals oder des deutschen Kapitals. Es geht vielmehr um die Herrichtung des EU-Ausbeutungsrahmens für das globale Kapital insgesamt.

Diese Entwicklung lässt sich an den Zahlen über die Ausländischen Direktinvestitionen im globalen Rahmen und in der EU klar ablesen. 1980 betrug der weltweite Bestand an ADI 705 Mrd. Dollar, davon 224 Mrd. in der EU. 1995 war der weltweite Bestand auf 2,915 Mrd. angewachsen, davon in der EU auf 1.147 Mrd. Global waren die ADI um den Faktor 4 gewachsen, im EU-Raum mit dem Faktor 5. Von 95 bis 2007 nahmen sie global um den Faktor 5 zu, in der EU fast um den Faktor 7. Also trotz der schnell wachsenden Bedeutung der Schwellenländer gab es in der EU eine deutlich schnellere Zunahme an ausländischem Kapital als weltweit.

Aus EU-Sicht lauten die Zahlen: von 1980 bis 1990 wuchs der Bestand an ADI im Jahresdurchschnitt um knapp 4 %; 1990 bis 95 beschleunigte sich das Wachstum auf jährlich 10 %, und im Zeitraum von 1995 bis 2005 sogar auf fast 39 % im Jahr. Der Abbau des Sozialstaates und die Präparierung kapitaloptimaler Wettbewerbsbedingungen im EU-Raum erwiesen sich als Magnet für das globale Kapital insgesamt, vor allem auch für das US-Kapital. Bis zum Ausbruch der aktuellen Krise floss nahezu die Hälfte der US-ADI in die EU, während umgekehrt rund die Hälfte der Extra-EU-ADI in die USA ging. Dies hat zur Formation eines engeren transatlantischen Wirtschaftsraums von USA und EU geführt, einem engeren Handelsaustausch, verstärkten Kapitaltransfers und insbesondere einer Zunahme an Unternehmenseigentum. Die Pro-

duktion im jeweils anderen Wirtschaftsraum hat heute schon eine größere Bedeutung als der internationale Handelsaustausch.

2. Der Zerfall des Euro-Systems wäre ein politischer Rückschritt

Fassen wir einmal, bevor wir zu den angebotenen Lösungsversuchen kommen, die Gründe für die Krise in der Euro-Zone zusammen, dann finden wir folgende Hauptfaktoren für diese Misere:

1. Die wachsende Polarisierung zwischen den produktionsstärkeren und -schwächeren Regionen und die daraus resultierenden Ungleichgewichte mit dem auf ihnen beruhenden anschwellenden Volumen von Schulden bzw. Guthaben.
2. Die Optimierung der Wettbewerbsbedingungen führt zu einer relativen Senkung der Masseneinkommen und einer sprunghaften Erhöhung der Profite und Vermögenseinkommen sowie zu einer Senkung der Staatsquote und der öffentlichen Leistungen. Die Finanzvermögen und ihre Verwertung werden zum ausschlaggebenden Faktor, die Entwicklung der Realwirtschaft, obwohl entscheidend auch für den realen Wert der Vermögen, wird zu einer abgeleiteten Größe. Die anschwellenden Schulden werden von den Finanzinstituten zu Wertpapieren umgestylt, was die Labilität des ganzen Systems weiter erhöht.
3. Die immer längere Schuldenkette riss schließlich an verschiedenen Stellen, ausgehend vom schwächsten Glied, den Hypothekenkrediten in den USA; bis der Countdown schließlich im Banken- und Finanzsektor landete. Deren Fundament bestand zu einem großen Teil aus Schulden-Ramschpapieren.
4. Als die öffentlichen Hände die Verluste der Finanzinstitute übernahmen, wurde aus der Finanzkrise die Krise der Staatsfinanzen. Insgesamt 15 Billionen Dollar, ein Viertel der Weltproduktion eines Jahres, haben nach den Berechnungen der Spiegel-Dokumentation die Staaten aufgebracht, um die Banken zu retten und Konjunkturdellen auszubügeln.

Vielleicht ist noch eine Frage interessant, bevor wir zur Strategie der europäischen Eliten kommen, wie das Euro-System zu stabilisieren sei. Nämlich die Frage, ob es für Linke überhaupt ein Thema sein kann, über die Rettung dieses Wirtschafts- und Währungssystems nachzudenken. Soll man nicht eher sagen, erstens lassen die Mächtigen ihren Euro, der ihnen doch so sehr nützt, ohnehin nicht untergehen. Und zweitens, ginge er zuschanden, dann wäre das nur gut für die Menschen, die doch offenkundig nur Nachteile vom Euro-Regime haben. Ein Zurück zu nationalen Währungen wäre womöglich von Vorteil.

Beide Antworten halte ich für falsch. Zunächst einmal sind die Strategien der neoliberalen Eliten, wie noch gezeigt wird, keinesfalls dazu angetan, dauerhaft für Stabilität im Euro-Raum zu sorgen. Und zweitens

wäre ein Zerfall der Euro-Währung für alle Beteiligten von Nachteil. Die schwächeren Regionen hätten wenig von einer eigenen Währung, da ihre Wettbewerbsnachteile, die in ihren Produktionsstrukturen liegen, nicht mit Währungsmanipulationen zu beseitigen sind. Die Produkte Griechenlands, sofern sie die entscheidenden Bereiche der technologieintensiven Waren betreffen, wären auf den internationalen und auch den Inlands-Märkten nur wenig wettbewerbsfähiger, wenn die Waren billiger wären.

Andererseits würden ihre Auslandsschulden bei Abwertung der eigenen Währung im selben Maß zunehmen. Es geht um Größenordnungen von rund 40 %. Die Defizitländer wären auf einen Schlag bankrott und insolvent. Und Überschussländer wie Deutschland würden die durch die Währungsänderungen entstehenden internationalen Wettbewerbsnachteile nicht durch Ausweitung der Masseneinkommen im Inland, sondern ganz im Gegenteil durch noch erhöhten Druck auf Löhne und Sozialhaushalt zu kompensieren suchen.

Nicht Zerfall des Euro, sondern Aufbau eines anderen Europa

Die Alternative liegt nicht im Zerfall des Euro, sondern im Aufbau eines anderen Europa, das an der gleichmäßigen Entwicklung der Regionen, an einer vorrangigen Produktion für die regionalen Bedürfnisse und an der Besserstellung der sogenannten Subalternen interessiert ist, der Massen derer, die für ihre Lebensführung auf die Entlohnung ihrer Arbeit und auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Die Strategien der neoliberalen Eliten und politischen Entscheidungsträger – ob in den nationalen Regierungen, der EC-Kommission, der EZB oder dem IWF – haben mit einer solchen Alternative nur insofern etwas zu tun, als sie das genaue Gegenteil darstellen. Die Devise lautet: Die neoliberale Misere ist zu bewältigen, indem noch mehr neoliberale Medizin verabreicht wird. Die Auswirkungen dieser Methode zeigen sich beispielhaft am ersten Patienten, an Griechenland.

Griechenland hatte im letzten Jahr in einem separaten Rettungsplan 110 Milliarden Euro erhalten, 80 Milliarden von der EU, 30 Milliarden vom IWF. Dafür mussten sich die Griechen verpflichten, ihr jährliches Haushaltsdefizit, das Anfang 2010 bei 15 % des BIP lag, bis 2014 auf Null zurückzuführen. Der Regierung wurde u.a. auferlegt, ein umfassendes Privatisierungsprogramm durchzuführen, den Arbeitsmarkt zu deregulieren, Gehälter und Pensionen im öffentlichen Dienst zu kürzen und die Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen.

Alle drei Monate kontrolliert eine Kommission von Experten der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des IWF vor Ort, ob der so genannte Konsolidierungskurs eingehalten wird. Bei ihrem letzten, dem dritten Besuch im Februar 2011 lobten die Kontrolleure Griechenland für die Konse-

quenz der einschneidenden Sparmaßnahmen, verlangten aber im selben Atemzuge, dass "noch größere Reformen entwickelt und umgesetzt werden müssen, um eine kritische Masse zu erzeugen, die nötig ist, um fiskalische Nachhaltigkeit und ökonomische Erholung zu erreichen".

Diese Ziele, fiskalische Nachhaltigkeit und ökonomische Erholung, sind in der Tat nicht erreicht, sie sind vielmehr ferner denn je, und zwar eben aufgrund des Spardiktats der Kapitalkontrollkommission. Die Zurückführung des öffentlichen Sektors, die Senkung der Masseneinkommen und der Sozialleistungen haben zu einem ökonomischen Desaster geführt, das größer ist als auf dem bisherigen monetären Höhepunkt der Krise. In 2010 ist das BIP Griechenlands um 4,3 % zurückgegangen, 2011 wird es selbst nach der Planung der Regierung um weitere 3,2 % sinken. Und diese Zahlen sind offenbar geschönt. Denn im ersten Quartal 2011 sind die staatlichen Einnahmen um über 8 % weit über die Prognosen hinaus zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Zinsen für kurzfristige Staatsanleihen auf über 25 % gestiegen. Griechenland muss immer mehr Geld aufbringen für immer mehr Schulden, doch verfügt es über immer weniger Einnahmen. Nach der Logik der Kreditgeber heißt dies, es muss noch härter sparen. Was wiederum die ökonomische Aktivität weiter erstickt. Eine Spirale nach unten, die die Massen in ihrer Existenz trifft. Mit der Krise hat schon heute ein großer Teil der Menschen in Griechenland 30 Prozent ihres Einkommens verloren.

Was für Griechenland zutrifft, gilt für alle Defizitländer, die auf den Euro-Rettungsschirm zurückgreifen. Also auch für Irland, das aus der so genannten Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität 80 Milliarden Euro erhalten hat, aber noch einiges mehr erhalten will, und auch für Portugal, dem offenbar in dieser Woche aus dem selben Topf ein Kredit über 80 Milliarden Euro zugesagt wurde. In allen Fällen sollen die betreffenden Länder bis an den Rand ausgequetscht werden, um die ausländischen Gläubiger zu bedienen, auch wenn die Länder dadurch offensichtlich wirtschaftlich und sozial aufs Schwerste beschädigt werden.

Mit dem Ende März 2011 von den Euro-Chefs im Rahmen des "Pakts für den Euro" beschlossenen "Euro-Plus-Pakt" geht man noch mehrere Schritte weiter. Zunächst gilt der Pakt nicht nur für Länder, die unter den Rettungsschirm gehen, also nicht nur für Kreditnehmer. Er gilt vielmehr für alle 17 Euro-Länder und alle weiteren, die ihm beitreten. Bisher haben dies Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien getan. Für alle diese Länder gilt also nun die neue Leitlinie unter der programmatischen Überschrift "Stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz". Die Krise des Euro wird von der politischen Elite zum Fanal für eine engere Zusammenführung der Union unter neoliberalen Vorzeichen genutzt.

3. Der Euro-Plus-Pakt: Die politische Einheit Europas auf neoliberal

Dieser "Euro-Plus-Pakt" ist ein Musterbeispiel für neoliberale Skrupellosigkeit. Die "Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit", deren schrankenloses Walten erst die Krise der Defizitländer und des ganzen Euro-Währungsgebietes heraufbeschworen hat, wird auch für die Zukunft als das tragende Prinzip herausgestellt, "um der EU auf mittlere und lange Sicht ein rascheres und nachhaltigeres Wachstum zu ermöglichen, ein höheres Einkommensniveau für die Bürger zu erreichen und unsere Sozialmodelle zu bewahren".

Nirgendwo in dem ganzen zwanzig Seiten langen Papier ist die Rede von der Erhöhung der Binnennachfragen und damit der Masseneinkommen und Sozialleistungen und von einer gezielten Strukturpolitik, um alle Regionen auf das erforderliche technologische Niveau zu bringen. Von allem vielmehr das gerade Gegenteil.

So werden dem Ziel der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit vier Leitvorgaben vorangestellt.

1. Alle nationalen Anstrengungen haben im Einklang mit der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU zu stehen und ihrer Verstärkung zu dienen. Es wird ein neuer EU-Rahmen für die Überwachung der Wirtschaftspolitik vorgegeben. Die nationalen Regierungen haben die EU-Vorgaben als nationale Verpflichtungen zu übernehmen und werden regelmäßig u.a. durch die EU-Kommission kontrolliert.

2. Die Anstrengungen sollen sich auf die Politikbereiche konzentrieren, die für die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit von maßgeblicher Bedeutung sind. Dazu werden auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs gemeinsame Ziele vereinbart, die von den Mitgliedsstaaten mit ihrem eigenen politischen Instrumentarium verfolgt werden.

3. Alle Staats- und Regierungschefs werden jedes Jahr konkrete nationale Verpflichtungen eingehen. Dabei hat man sich an den Leistungstärksten innerhalb Europas zu messen. Die Erfüllung der Verpflichtungen wird von den Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerländer jährlich auf politischer Ebene überwacht. Dies ist die schriftliche Notifizierung, dass das ebenso neoliberale wie antisoziale Modell Deutschland zur Blaupause für ganz Europa werden soll, und dass man sich zur Durchsetzung dieses Modells im Zweifel über die Parlamente der einzelnen Staaten hinwegsetzen wird.

4. Es geht um die Vollendung des Binnenmarkts, also um die Beseitigung aller eventuellen Schranken für die Herrschaft der "Märkte", d.h. in der EU gilt noch unumschränkter das Gesetz der marktbeherrschenden Wirtschaftsakteure.

Sind schon diese programmatischen Zielsetzungen von finsterster neoliberaler Prägung, so erweisen sich die so genannten "konkreten politischen Verpflichtungen" als detaillierte Vorschriften zum Abbau so-

zialer und politischer Rechte und Standards. In der Frage der "Förderung der Wettbewerbsfähigkeit" stellen die Euro-Chefs den "Anpassungsbedarf" der Lohnentwicklung bei der Wettbewerbsfähigkeit an die Spitze. Starke und anhaltende Erhöhungen der Lohnstückkosten könnten, heißt es da, zu einer Aushöhlung der Wettbewerbsfähigkeit führen und seien deshalb zu vermeiden. Der Pakt verlangt also die Drosselung der Löhne.

Zu überprüfen sei ferner, ob bei der Lohnbildung die "Zentralisierung im Verhandlungsprozess" funktional sei. Die Richtlinie wendet sich unverhüllt gegen Flächentarifverträge und damit gegen eine Grundlage der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht. Im Übrigen sei sicherzustellen, dass Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor "den auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Anstrengungen im Privatsektor förderlich sind". Das heißt nichts anderes, als dass die Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst unter den Produktivitätszuwächsen der Wirtschaft bleiben und die entsprechende Pilotfunktion für die Tarifabschlüsse in der Privatwirtschaft ausüben sollen.

Unter "Förderung der Beschäftigung" fällt den Strategen als erstes und wesentliches ein "die Förderung der Flexicurity, also die weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte.

Zur "Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen" wird unter Hinweis auf "demografische Faktoren" eine Begrenzung der Leistungen im Renten-, Gesundheitsfürsorge- und Sozialleistungssystem gefordert. Ausdrücklich hervorgehoben werden die Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Begrenzung der Vorruhestandsregelungen. Unter dem Stichwort "Nationale Haushaltsvorschriften" wird absolute Haushaltsdisziplin unter Einschluss einer "Schuldenbremse" nahegelegt, also die strikte Bindung der öffentlichen Ausgaben an die Einnahmen, was sich als Knüppel gegen die Erhöhung oder Beibehaltung von Sozialausgaben verwenden lässt und auch eine antizyklische Konjunkturpolitik der öffentlichen Hände unmöglich macht, wo es um Konjunkturstimuli durch öffentliche Ausgaben gehen könnte.

Ebenso wird festgelegt, dass die nationalen Parlamente vor Erlass der Haushaltsvorschriften die Europäische Kommission anzufragen haben, um, wie es wörtlich heißt, "dafür zu sorgen, dass sie mit den EU-Vorschriften vereinbar ist und diese unterstützt".

In Zukunft werden alle Regierungen und alle Parlamente nur noch wirtschafts- und finanzpolitische Beschlüsse fassen können, wie sie von der EU-Kommission und das heißt, von den dominanten Kräften der EU, vorgegeben werden.

In einem gesonderten Kapitel legt der Pakt die Kriterien für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fest. Ab Juli 2013 steht ein neuer Rettungsschirm über 700 Milliarden Euro für Mitglieder zur Verfügung, die sich nicht mehr aus eigener Kraft oder über den Finanzmarkt finanzieren können. Die

Kriterien für die Mittelvergabe lassen keine Zweifel, dass die Empfängerländer sich vollkommen den internationalen Kontrolleuren zu unterwerfen haben:

1. Der Zugang zu einer Finanzhilfe des ESM wird nur auf der Grundlage strenger politischer Auflagen eines makroökonomischen Anpassungsprogramms gewährt.
2. Eine weitere Bedingung ist "die rigorose Prüfung der Tragbarkeit der Staatsverschuldung"; diese Prüfung wird von der EU-Kommission zusammen mit dem IWF und der EZB durchgeführt.
3. Von dem kreditnehmenden Staat wird weiter gefordert, dass er für eine Beteiligung des Privatsektors "in angemessener Form" zu sorgen hat.

Haircut – doch wer soll rasiert werden?

Während die ersten beiden Kriterien dafür sorgen, dass die Länder ein von den Geldgebern kontrolliertes, rigoroses Sparprogramm umsetzen und den Kredit zurückbezahlen, zielt der dritte Punkt, die Beteiligung des Privatsektors, auf den so genannten Haircut ab, den Schuldenschnitt, also die Verringerung des Kapitalwerts der Schulden bei den privaten Gläubigern. Große Staatsanleihefirmen wie PIMCO gehen davon aus, dass Defizitländer wie Griechenland ihre Schulden um bis zu 50 % streichen müssen, um den Rest je wieder zurückzahlen zu können. Argentinien, das große historische Beispiel eines Schuldenschnitts, hat Anfang der 90er Jahre seine Schulden sogar um 2/3 gekürzt.

Nimmt der ESM Kurs darauf, den privaten Gläubiger einen solchen Haircut zu verpassen?

Das ist keineswegs so. Es wird vielmehr festgehalten, dass der kreditnehmende Staat mit seinen Gläubigern Verhandlungen aufnimmt, "die darauf abzielen, sie unmittelbar in die Wiederherstellung einer tragbaren Verschuldung einzubeziehen". Weiter heißt es wörtlich: "Maßnahmen zur Verringerung des Kapitalwerts seiner Schulden werden nur in Betracht gezogen, wenn es unwahrscheinlich ist, dass sich durch andere Optionen die erwünschten Ergebnisse erzielen lassen."

Der Schuldenschnitt ist also die ultima ratio, das letzte aller Mittel im Arsenal des ESM, wenn sich der Abbau aller Sozial- und Lohnstandards als nicht ausreichend erweisen würde. Und selbst dann ist die entscheidende Frage: Wer zahlt den Verlust, den die Banken durch einen Schuldenschnitt erleiden würden? Würden die deutschen Banken allein gegenüber Irland, Griechenland und Portugal auf 50 % ihrer Forderungen verzichten müssen, dann hätten sie über 100 Milliarden Euro abzuschreiben. Die deutschen Banken, allen voran die Deutsche Bank, kämen dadurch selbstverständlich in große Schwierigkeiten. Für solche Fälle aber hat neben anderen auch der ehemalige Finanzminister Steinbrück einen weiteren öffentlichen Rettungsschirm vorgeschlagen, der für alle Banken gelten soll, die unter dem Haircut leiden

müssten. Ifo-Chef Sinn und seine European Economic Advisory Group aus sieben europäischen Länder haben einen Dreh mit dem selben Effekt gefunden: Sie fordern, dass bei einem Haircut die Altschulden zu 80 % von der Währungsgemeinschaft garantiert werden. Auch in diesem Fall würden nicht die Banken und andere Großspekulanten für ihren Verlust einzustehen haben, sondern wieder einmal die Staaten und damit die Steuerzahler, die Allgemeinheit.

Selbst die Autoren der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sprechen sich in ihrem Sondermemo zur Eurokrise für "Sonderregelungen" aus, sollte durch die Umschuldung "ein Investor existenzbedrohend belastet werden". Investoren können mithin die Existenz von Staaten bedrohend spekulieren, aber dürfen selbst nicht in Existenznot gelassen werden, wenn der ausgeblutete Kreditnehmer nicht mehr kann. Diese Botschaft kommt einer Aufforderung an die Spekulanten gleich, ihr Vorgehen keinesfalls zu ändern. Geht ihre Spekulation schief, dann werden sie auf jeden Fall von der öffentlichen Hand aus der Bredouille gezogen. Sie befinden sich in einer Win-Win-Situation, wohingegen sich die Gesellschaften in Überschuss- wie in Defizitländern in einer Loose-Loose-Lage befinden. Die einen wie die anderen zahlen durch unsoziale Sparprogramme – entweder, um Mittel für den Schuldendienst aufzubringen oder um weitere Rettungsschirme für die Großspekulanten zu finanzieren.

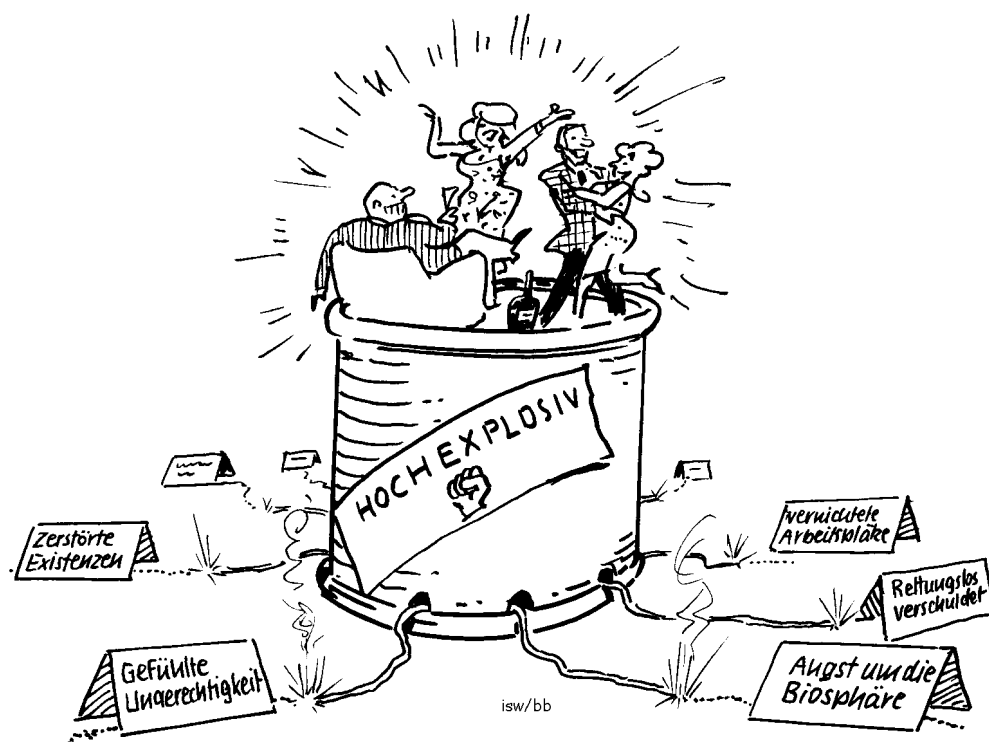
Die Strategie des Euro-Plus-Pakts ist klar: Nach Möglichkeit den Schuldenschnitt vermeiden, und wenn der Fall doch eintreten sollte, dann werden die Verluste der Gläubiger durch die Umschuldung nach dem altbewährten Muster sozialisiert. Deshalb haben

auch die Umschuldungsklauseln, die nach dem Pakt ab 2013 in alle neuen Staatsschuldtitel mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr aufgenommen werden, im Zweifel nichts mit einer echten Beteiligung der Gläubiger zu tun. Bezeichnend ist, dass auch die Banken beginnen, sich zunehmend für die Idee einer Umschuldung nach diesen Kriterien zu erwärmen. Die Verluste durch den Haircut würden von den öffentlichen Händen übernommen und an den neuen Gerüsten für die Umschuldung liebe sich für die Banken kräftig verdienen.

Euro-Plus-Pakt – keine Lösung für die Krise der Euro-Zone

Die Kernfrage, ob die Antikrisenpolitik von EU und Euro-Zone das Euro-System wirklich stabilisiert und die Krise überwindet, muss mit Nein beantwortet werden. Den Defizitländern gräbt die Austerity-Politik noch weiter die Chance ab, aus eigener Kraft wieder auf die eigenen Füße zu kommen. Die Gesellschaften der Überschussländer werden weiter noch mehr Schulden bzw. faule Kredite der Banken und sonstigen Finanzinvestoren übernehmen. Der Euro-Plus-Pakt sorgt für die weitere radikale Neoliberalisierung aller Euro-Gesellschaften, d.h. für eine Aufblähung der Geldvermögen und des Finanzsektors und für eine Blockade der Lohn- und Sozialstandards und der Realwirtschaft. Eben die Faktoren, die zur jetzigen Krise geführt haben, werden weiter aufeinander getürmt.

Dass diese Strategie irgendwann an ihre ökonomische Schranke gerät, ist unvermeidlich. Nämlich dann, wenn die produzierten Werte in den Gesellschaften nicht mehr hinreichen, gleichermaßen diese Gesellschaften und ihre Mitglieder zu unterhalten



und zusätzlich die ständige Sozialisierung der Verluste im Bereich der Finanzsektoren und der Staatsfinanzen zu übernehmen. Es kann eine längere Weile dauern, bis die ökonomische Schranke erreicht wäre. Die Griechen sollen ihre Inseln und Museen verkaufen, wird ihnen angeraten. Diese und andere Arten der Privatisierung, des Ausverkaufs bisher öffentlicher Güter, würden gewaltige Summen zur Befriedigung der Gläubiger generieren. Neben der Privatisierung arbeitet man zur Zeit vor allem daran, das historische Anspruchsniveau der Massen zu senken. Sie müssten sparsamer sein und genügsamer, mehr und härter arbeiten für weniger Geld. Es ist keineswegs undenkbar, dass diese totalitäre Gehirnwäsche die Menschen dazu bringt, einen Rückgang ihres Lebensstandards um 30, 50 und mehr Prozent hinzunehmen, ohne dass dies zu einer politischen Explosion führen müsste.

Undenkbar ist es nicht, doch es ist nicht zu wünschen und es ist auch dran zu arbeiten, dass die Menschen einen solchen humanen Niedergang nicht hinnehmen. Ob dieser Niedergang bis an sein bitteres logisches Ende durchläuft, oder ob er vorher angehalten wird, ist eine politische Frage, eine Frage der Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse. Wenn man sich nur die drängendsten notwendigen Änderungen einer fortschrittlichen Europapolitik vor Augen hält, wird klar, dass es nicht um kleinere Reformen gehen kann, sondern um eine Änderung in den Paradigmen, in den Grundkriterien der Politik:

1. Wir brauchen einen kräftigen Haircut bei den Staatsschulden, der tatsächlich die Spekulanten, die Finanzinvestoren trifft. Dies setzt nicht weniger voraus, als den dominierenden Einfluss der Finanzindustrie auf die Politik zu brechen.
2. Um die Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Ländern abzubauen, brauchen wir erstens eine Stärkung der Binnennachfragen in den einzelnen Ländern, insbesondere auch in den Überschussländern, und zweitens einen EU-Entwicklungsplan, der die bisher schwächeren Regionen gezielt hinsichtlich modernster Technologien fördert.
3. Wenn überhaupt die finanziellen Mittel einer Gesellschaft oder eines Staatenverbundes im Interesse der Gesellschaften, Geld und Kredit also nach Nachhaltigkeit und gesellschaftlichem Nutzen eingesetzt werden sollen, dann dürfen sie nicht länger dem Profitprinzip der Finanzindustrie überlassen bleiben. Spekulation muss untersagt, der Finanzsektor muss demokratisiert werden.

Es ließen sich noch einige wesentliche Bedingungen für das notwendige andere Europa formulieren. Deutlich wird aber bis hierhin bereits, dass es dazu die schon angesprochene grundlegende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse braucht. Und ich fürchte, dass wir davon noch ein gutes Stück entfernt sind. Doch vielleicht kann Elisabeth Gauthier in ihrem Überblick über die Kräfte für ein "anderes Europa" diese Zweifel schon etwas zerstreuen.

Elisabeth Gauthier

Wie stark sind die Kräfte für ein "anderes Europa"?

Ich werde auf drei Punkte der neuen Lage eingehen, ausgehend von der Feststellung, dass diese Krise, wie sie jetzt in Europa herrscht und hier analysiert wurde, die Linke in Europa vor sehr schwierige, neue Herausforderungen stellt.

Wir haben erstens eine Zäsur vor uns, wie sie mit dem neuen Euro-Plus-Pakt gegeben ist. Zweitens will ich einiges zu den Alternativen sagen, die die Europäische Linke nun entwickeln muss. Und drittens will ich auf den Punkt kommen, wie weit und wie kampfbereit denn die sozialen und politischen Bewegungen für ein "anderes Europa" sind.

Der Euro-Plus-Pakt: Staatsstreich gegen die Volkssouveränität

Den Euro-Plus-Pakt will ich weniger von der ökonomischen als von der politischen Seite aus angehen. Tatsächlich handelt es sich um einen neuen Stand der politischen Konfrontation. Einerseits ist deutlich zu sehen, dass das neoliberale europäische Modell nicht nur in einer Krise steckt, sondern offenkundig in einer Sackgasse. Das sagen mittlerweile auch Gesellschaftstheoretiker wie Jürgen Habermas. Kürzlich hat er bewertet, es gäbe absolut keinen positiven Inhalt mehr für dieses europäische Modell. Noch 2005 hat Habermas die Europäische Linke in ihrem Widerstand gegen den neuen europäischen Vertrag als unverantwortlich für Europa kritisiert. Nun ist auch ihm aufgefallen, dass der neoliberale Weg in die Sackgasse führt.

Das hilft uns zwar noch keineswegs aus dieser Sackgasse heraus, aber es zeigt, dass sich auch im Bewusstsein bisher sozusagen "Brüsseltreuer" etwas bewegt. Dies wird mit der Krisenstrategie heute weiter zunehmen. Der neue Euro-Plus-Pakt ist nämlich der Sache nach eine Art Staatsstreich gegen die Volkssolidarität und -souveränität in Europa. Praktisch wird jede freie Entscheidung der parlamentarischen Demokratie über das eigene Budget hinfällig. Die Parlamente können nicht mehr frei über den eigenen Staatshaushalt beschließen. Vielmehr müssen die Pläne und Voranschläge zunächst den Brüssler Instanzen vorgelegt werden, und erst nach Begutachtung und eventuellen Korrekturen kommen sie zurück in die nationalen Parlamente, wo dann die endgültigen Entscheidungen den Vorgaben entsprechend gefällt werden.

Diktat von Merkel und Sarkozy

Genauer gesagt, gehen die Entscheidungen auch an der Europäischen Kommission vorbei, sondern es läuft auf die beiden dominanten Regierungen hinaus, auf Merkel und Sarkozy. Von den beiden tonangebenden Regierungen geht die Entscheidungsgewalt aus. Sie verlangen, wie die Nationalstaaten ihre Schulden zu senken haben. Dass überall im Namen der Wettbewerbsfähigkeit die Lohnkosten gesenkt werden. Dass im Namen von mehr Beschäftigung die Flexibilität generalisiert wird, d.h. die Verallgemeinerung des Prekariats. Dass die Sozialausgaben des Kapitals nicht steigen können. Dass das Rentenalter gegebenenfalls heraufzusetzen ist.

Mit der Einschränkung der parlamentarischen Demokratie wird es auch zu einer Einschränkung der Sozialdemokratie kommen. Und ebenso zu einer Abnahme der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Deren Kompetenz, Branchentarifverträge abschließen, wird durch den Euro-Plus-Pakt ausgehebelt. Fazit: Die Staaten unterliegen immer weniger der Volkssouveränität. Auch verlieren die staatlichen Einrichtungen immer mehr von ihrem republikanischen Charakter. Teile der Institutionen werden zu richtigen Ausschluss-Maschinen. Wird man zum Beispiel vorgeladen zum Arbeitsamt, dann geht es nicht darum, Arbeit zu finden, sondern darum, kontrolliert und zugleich ausgesondert zu werden.

Gründe für die wachsende Wahlmüdigkeit

Hier liegt auch einer der Gründe für die wachsende Wahlmüdigkeit. Erstens haben die Wähler das Gefühl, mit ihrem Wahlzettel bewirken sie nichts. Und zweitens identifizieren sie sich nicht mit den Institutionen, das ist offenbar nicht "ihr Staat". Insofern haben wir es mit einer Krise der Politik zu tun, nicht nur mit der Krise einer bestimmten Politik, sondern einer Krise im Verhältnis zu den Institutionen. Man sieht dies an der verstärkten Stimmenthaltung, die sich durch ganz Europa zieht und vor allem auf der linken Seite des politischen Spektrums stattfindet. Während auf der Rechten unzufriedene, zornige Wähler sich hinter rechtspopulistischen Führern zusammenfinden, tendieren die Linken und vor allem auch die von der Arbeiterbewegung geprägten Wählerschichten viel stärker zur Stimmenthaltung. Die Linke hat es bisher nicht vermocht, eine neue alternative Politikultur zu propagieren. Vielmehr gebärden sich rechtspopulistische Parteien als die neuen Verteidiger des Sozialmodells. In Frankreich geben sie sich z.B. auch als die "wahren" Franzosen aus, in allen umstrittenen sozialen Fragen zeigen sie sich an der Seite des Vol-

kes. Klopft man ihre gesellschaftlichen Zielvorstellungen genauer ab, kommt eine lupenreine neoliberale Wirtschaftsauffassung zum Vorschein. Dass sie sich so demagogisch geschickt aufführen können, liegt sicher auch daran, dass die Linke nicht genügend offensiv und überzeugend auftritt.

Die Schwäche der Sozialdemokratie sticht besonders ins Auge. Vor einiger Zeit sprachen wir von einem "rosa Europa", die Mehrzahl der Regierungen war sozialdemokratisch. Heute haben wir die umgedrehte Situation. Aber dort, wo die Austeritätspolitik – die Sparpolitik zu Lasten der Massen – am Schärfsten ist, in Griechenland, Portugal, Spanien, stellen die Sozialdemokraten die Regierungen. Das ist sehr wichtig auch für die übrigen Euro-Länder. In Frankreich zum Beispiel haben die Sozialdemokraten, die 2012 zu Wahlen antreten, enorme Schwierigkeiten, über Europa zu sprechen, weil ihre Kollegen die Spar- und Opferpolitik zu Lasten der Massen voll durchziehen.

Es gibt wenig Spielraum für diese Art von Sozialdemokratie in der derzeitigen Lage. Für die Grünen ist das anders, wie sich vor allem hier in Deutschland zeigt. Ihre Propaganda, mit einem Green New Deal der Kapitalakkumulation auf die Beine zu helfen – vermeintlich gleichzeitig der Wirtschaft und der Umwelt zu Gute – findet offenbar weithin Gehör.

Klar ist, dass in der Krise verstärkt mit Ressentiments Politik gemacht wird. Sarkozy verfolgt eine Doppelstrategie. Einerseits nimmt er die Krise als Begründung für umfangliche Repressionen, zum anderen versucht er es mit einer Spaltung der Gesellschaft zwischen den guten, arbeitenden Franzosen einerseits und auf der anderen Seite den Schmarotzern und denen, die in unserem Land nichts zu suchen haben usw. Sarkozy versucht, für seine Wiederwahl 2012 einen neuen sozialen Block herauszubilden, in den nicht nur die Rechte, sondern auch die extreme Rechte eingebunden werden soll.

Das Anwachsen des Rechtspopulismus

Insgesamt erleben wir in Europa ein Anwachsen des Rechtspopulismus. Vor zehn Jahren hatten wir allgemeine Proteste gegen eine Regierungsbeteiligung der Haider-Partei in Österreich. Heute ist die Lage völlig anders, nämlich so, dass diese Parteien nicht mehr am Rande der Gesellschaft, sondern in deren Zentrum sind, und dass sie auch eine Rolle spielen bei den Regierungsbildungen. Diese Parteien sind in vielen Ländern zu deutlichen Faktoren der politischen, ideologischen Konfrontation geworden und sind von Belang bei der Herausbildung von Mehrheiten. Das ändert natürlich vollkommen die Konfrontation zwischen Rechts und Links. Die extreme Rechte zieht die gesamte Rechte weiter nach rechts, wodurch sich die Kräfteverhältnisse insgesamt negativ verschieben.

Für uns, die Linke, kommt es in diesem Zusammenhang darauf an, nicht nur die Psychologie der Rechtsparteien zu studieren, sondern vor allem, wie

sie versuchen, Spaltungen in der Gesellschaft der Krise aufzunehmen und darauf einen neuen sozialen Block zu gründen. Dies ist auch hilfreich für die Linke, um einen eigenen sozialen Block für eine soziale Veränderung in der Gesellschaft zu befördern.

Welche Alternativen zum neoliberalen Konzept?

Meine zweite Frage sollte die sein nach den Alternativen zur neoliberalen Krise. Diese Frage ist heute ungleich dramatischer als noch vor ein paar Jahren. Die Frage steht heute so, nicht nur die herrschende europäische Integration zu kritisieren, sondern ob man den Prozess der De-Integration begleiten will oder ob man ihm entgegen zu wirken versucht. Dies war ja heute Vormittag schon ausführlich Gegenstand der Diskussion.

Ich bin wie Conrad der Meinung, dass eine De-Integration in Europa noch mehr Chaos verursachen würde, noch mehr Konkurrenz, noch weniger Schutz für die, die am meisten Schutz brauchen, noch weniger Solidarität. Es käme zu einer Verschlechterung auf der ganzen Linie. Unserer Kritik am jetzt ablaufenden Prozess der De-Integration müssen wir das Konzept, die Vorstellung eines alternativen Europa hinzufügen, das lebensfähig und für die Massen lebenswert ist. Das ist eine neue Herausforderung für die Linke. An den Anfang einer solchen Entwicklung gehört unser entschlossener Versuch, die Staatsbürger wieder auf breiter Front für das zu interessieren, was in Europa abläuft und entschieden wird.

Dass dies möglich ist, haben wir 2005 in Frankreich mit unserer Kampagne gegen den Europäischen Verfassungsvertrag gezeigt. Wir haben damals eine Mehrheit gegen diesen Vertrag und gegen die herrschenden Kräfte im Lande von 55 Prozent zustande gebracht. Voraussetzung dafür war, dass wir links von der Sozialistischen Partei die Kräfte für eine gemeinsame Bewegung bündeln konnten, sogar eine Minderheit der Sozialistischen Partei war dabei. Und die Hunderttausende dieser Bewegung sind mit den Massen in einen informativen Dialog getreten, wodurch die ganze Maschine der öffentlichen Meinungsbildung, die Medien und der Staatsapparat, überwunden wurde.

Es geht um eine Neugründung der Europäischen Union

Natürlich ist eine Wahl, eine Stimmabgabe, leichter durchzuführen als ein Streik oder eine große Demonstration. Aber auch hier stand an erster Stelle das Bewusstsein, und dieses war zu entwickeln im ständigen Widerspruch zum gewaltigen Medieneinsatz der Gegenseite. Auch heute müssen wir die Fragen wieder so aufbauen, dass sie nicht nur in engen Zirkeln gestellt werden, sondern möglichst breit in der Ge-

sellschaft. Wir müssen vorstoßen zur Aufgabe der Neugründung der Europäischen Union, wir müssen eine neue Idee der europäischen Integration erfinden. Zum Teil findet man in den Bewegungen Antworten auf solche Fragen, aber diese sind bislang nicht autorisiert, nicht breit getragen, nicht öffentlich wirksam. Die Europäische Linkspartei, bei der jetzt mehr als dreißig Parteien in Europa Mitglied oder Beobachter sind, hat diese im Dezember 2010 aufgerufen, Widerstandsfronten zu errichten, Resistenzen. Es handelt sich um eine offene Konstruktion, jeder macht seine Erfahrungen, ohne Prämissen oder Zielvorgaben.

Problem der Nationen oder europäische Klassenfrage?

Ein Problem einer solchen gemeinsamen Widerstandsfront liegt darin, ob man die Frage der europäischen Solidaritätspolitik, z.B. bei der europäischen Schuldenfrage, angeht als ein Problem der jeweiligen Nation oder als eine Klassenfrage im gesamteuropäischen Umfang. Das lässt sich als Frage leicht formulieren, die Analyse selbst ist aber hoch kompliziert. In unseren Gesellschaften funktioniert offensichtlich eine tiefe Spaltung nach unten und die funktioniert auch im europäischen Rahmen. Auch in Deutschland klappt ja bei vielen, den allermeisten die Propaganda, wir können von dem, was wir uns hart erarbeitet haben, nichts abgeben für die, die viel weniger leisten. Demgegenüber müssten wir aufzeigen, dass die Konfrontationslinien nicht zwischen hart arbeitenden Deutschen und angeblich faulen Griechen verlaufen. Wir müssen Eckpunkte benennen, an denen die wirkliche Konfrontation entlang läuft. Ein solcher Eckpunkt ist die Prekarisierung. Die trifft heute nicht mehr "nur" die Frauen im Dienstleistungssektor, nicht nur Migranten. Sie trifft die Lohnabhängigen auf breiter Front, bis hinein in die Schicht junger Hochschulabsolventen.

Neulich sagte mir ein DGB-Gewerkschafter, dass auch bei den Grünen zunehmend mehr Menschen für das Problem sensibel sind, weil auch bei ihnen viele davon betroffen sind. Die Prekarisierung ist also ein allgemeines europäisches Thema. Die Armut in Europa nimmt zu, und auch die Transfers reichen bei weitem nicht hin, das Problem zu lösen. Eine weitere durchgehende Frage ist die des Demokratieverlusts. Diese Frage wird gestellt von der lokalen bis zur europäischen Ebene. Darum geht es jetzt, europäische Plattformen herauszuarbeiten, nicht Länder-Plattformen zu addieren, sondern Probleme zu benennen, die gemeinsame sind. Am 31. Mai 2011 organisieren wir im Europaparlament in Brüssel mit der aktuellen Gruppe der konföderierten Linken eine Konferenz mit Bewegungen, die aus dem Europäischen Sozialforum kommen und so noch nie mit politischen Kräften zusammengearbeitet haben. Wir wollen darüber beraten, wie wir gemeinsam auf die Schuldenfrage reagieren und eine Solidaritätspolitik entwickeln können.

Die Staaten aus der Zwangsweste der Finanzmärkte befreien

Ein zentraler Punkt muss sein, unsere Staaten aus der Zwangsweste der Finanzmärkte zu befreien. Der Europäische Fond für Finanzstabilität, wie er jetzt eingerichtet wurde, geht nach dem Muster des IWF, also nach dem falschen Muster vor. Dem entgegen hat die Europäische Linkspartei ihr Konzept eines sozialen Stabilitätsfonds gestellt, mit dem europäische Entwicklungsprojekte außerhalb der Finanzmärkte finanziert werden könnten. Die Einnahmen des Fonds kämen aus der Besteuerung der Finanztransfers und einer höheren Belastung der hohen Einkommen. Ohne die Macht der Finanzmärkte und der Banken zurückzudrängen, wird es nie die Finanzierung vernünftiger Entwicklungsmodelle in Europa geben.

Bei der Schuldenfrage müssen wir an eine doppelte Strategie denken. Einerseits geht es um die Reduktion der Schulden. Zum anderen muss es darum gehen, höhere öffentliche Einnahmen zu erzeugen und die öffentlichen Mittel anders auszugeben. Um es in Schlagworten auszudrücken, die trotzdem stimmen: Auf Militärausgaben können wir verzichten, für Soziales und für Bildung brauchen wir mehr. Bei den höheren öffentlichen Einnahmen haben wir es mit einer strukturellen Frage zu tun, die seit dreißig Jahren ansteht. Seit dreißig Jahren werden die Steuern auf Kapital, Gewinn und hohe Einkommen ebenso zurückgefahren wie die Sozialabgaben der Kapitalseite. Dies entschieden zu ändern, ist eine unserer strategischen Antworten auf die Schuldenfrage. Dies, die Verteidigung des öffentlichen Sektors Hand in Hand mit seinem Umbau, gehört ins Zentrum unserer alternativen Vorschläge. Es geht nicht darum, immer mehr Sektoren zu verstaatlichen, sondern um eine echte Wirtschaftsdemokratie. Die Sektoren, deren Erzeugnisse jedermann braucht, sollten als Gemeingüter bewirtschaftet werden. Diese Bewegung wird in allen Gesellschaften stärker, sie gehört in die Allianz für ein anderes Europa.

Gemeinsame Wirtschaftsregierung – aber mit welchem Inhalt?

Eine weitere breit diskutierte Frage, ist die der Permanenz und Konsistenz eines Wirtschaftsraums. Jeder sagt, wo eine gemeinsame Währung gilt, braucht man eine gemeinsame Wirtschaftsregierung. Eindeutig ist, dass politische Regulierung und Entscheidungsfähigkeit nötig sind. Entscheidend ist aber der nächste Punkt: Zu welchem Inhalt soll die Form – einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung – führen? Wenn die inhaltliche Zielsetzung wie zur Zeit darin besteht, wie mach ich aus Europa einen Wettbewerbsraum, in dem das Kapital möglichst ungehemmt seine maximalen Profitziele erreicht, dann habe ich ein völlig anderes Ergebnis, als wenn ich mit einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung einen Raum der Harmonisierung nach oben schaffen will, was die Löhne betrifft, was die Sozialleistungen betrifft, was

das ganze Sozialmodell betrifft. Will ich Prekarisierung und Diktat der Finanzmärkte oder will ich ein Europa mit den höchsten Standards an Humanität und Umweltfreundlichkeit. Beides kann der Inhalt einer stabilen, euro-weiten Wirtschaftsregierung sein. Eben um diesen Inhalt geht die Auseinandersetzung.

Wo stehen die Bewegungen für ein anderes Europa?

Zu dem dritten Punkt, dem Zustand der Bewegungen in Europa. Ich kann dazu keinen umfassenden Überblick geben, vieles ist gerade dabei, in Bewegung zu kommen. Wir brauchen noch viele Aussprachen, um im Detail präziser zu sein und auch mehr generalisieren zu können. Aber es ist schon interessant, sich anzusehen, was sich in den verschiedenen Ländern bewegt:

Griechenland – wir haben jetzt, glaube ich, acht Generalstreiks erlebt, dazwischen gab es Kommunalwahlen, wo die Sozialdemokratie verlor und die Linke einen gewissen Zulauf bekam. Es war aber keineswegs ein Erdbeben, das dem Zustand der Krise entsprechen würde und den Verlusten, die die große Masse dabei erleidet.

Island – ein kleines Land, von dem man nur wenig spricht. Aber hier gab es eine wirkliche Revolte, das Volk hat es abgelehnt, dass die öffentliche Hand die Bankschulden einfach übernimmt.

Portugal – eine zugespitzte soziale Auseinandersetzung mit großer Teilnahme der Bevölkerung, aber bisher mit keinerlei Zugeständnissen der politischen Ebene.

Großbritannien – nach einer längeren Phase der Stagnation erscheinen nun neue Bewegungen, insbesondere aus dem Bereich der Jungen.

Frankreich – eine äußerst widersprüchliche Erfahrung. Einerseits eine enorme Bewegung, vier Millionen Demonstranten bis Ende 2010. Auch in der Bewegung gegen die Rentenreform waren zahlreiche Jugendliche, was ein hohes Bewusstsein ausdrückt. Dennoch wurde in dieser Frage politisch nichts gewonnen. Andererseits profitieren von dieser Grundströmung des Protests Bewegungen in den Betrieben, punktuelle Forderungen, nur sind diese Ergebnisse nicht allgemein sichtbar. Dennoch sollte man es zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zählen.

Spanien – ein katastrophales Abkommen zwischen Gewerkschaften und Regierung zur Rentenreform, andererseits breite soziale Bewegungen.

Ungarn – am 9. April 2011 die erste europäische Demonstration im Land mit 50.000 Teilnehmern. In einem Land, dessen politische Lage von der Rechten dominiert wird und das sich selbst vom "bürgerlichen" Europa zusehends weiter entfernt. So wird

zum Beispiel die ungarische Staatsbürgerschaft im ganzen mitteleuropäischen Raum zugestanden, womit man natürlich die Konflikte von morgen schafft.

Rumänien – eine große Massendemonstration, doch ist die Lage noch unübersichtlich. Die Kundgebung wurde von der Gewerkschaft organisiert, die Forderungen sind aber sehr zurückgenommen und defensiv.

Tschechien – die größte Demonstration in der Geschichte des Landes im Herbst letzten Jahres. Besonders Angehörige des öffentlichen Dienstes traten gegen die Lohnkürzungen und generell die Krisenpolitik an.

Slowakei – praktisch keine Bewegung. Rechtspopulismus und Rassismus sind die dominierenden ideologischen Faktoren.

Deutschland – in der Krise ist es der neoliberalen Strategie gelungen, einen gewissen "Krisen-Korporatismus" herzustellen. Durch Kurzarbeit wurden die Stammebelegschaften im Wesentlichen gerettet. Während die geretteten Stammebelegschaften sich so positiv mit dem Krisenapparat identifizieren konnten, bekam das Prekariat die Krise in einer ganz anderen Weise ab. Die Krise hat dafür gesorgt, dass das Bewusstsein der Arbeiterklasse noch weiter auseinander klafft.

Wenn ich es noch einmal nach Zonen in Europa zusammenfasse, so kann man, glaube ich, sagen, die Zone "Peripherie Süden" kämpft mit der Frage "Abspaltung von der Eurozone oder nicht". Der periphere Osten kämpft mit der Frage der Politisierung, der politischen Leitwerte. Die skandinavischen Länder kommen immer stärker in eine Haltung: Wir wollen nicht mitzahlen, wir wollen keine europäischen Direktiven. Die traditionell hohe Hemmschwelle gegenüber Europa ist in Skandinavien weiter gestiegen. Mit am ausgeprägtesten ist die Ausstiegsstimmung in der ehemaligen D-Mark-Zone, obwohl die Eurobilanz für Deutschland, Österreich, Niederlande weitaus besser ist als für die umliegenden Länder.

Zwar Zunahme der Proteste, aber keinerlei Nachgeben der Regierungen

Wir kommen zu einer wesentlichen Frage: Trotz allem gibt es eine Zunahme der Bewegungen, der öffentlichen Manifestationen einerseits, aber andererseits keinerlei Nachgeben der Regierungen. Es gibt lokal in Betrieben Erfolge, aber auf nationaler oder gar supra-nationaler Ebene nichts.

Ich denke, das hängt damit zusammen, dass die Austeritätspolitik die geschlossene und einzige Position der politischen Klasse gegenüber den protestierenden Kräften ist. Die Machtstellung der Regierenden wird dadurch zunächst noch verstärkt, hinzukommt ein antidemokratischer, autoritärer Zug. Die zentrale Euro-Linie unterstützt z.B. das Vorhaben von Sarkozy, in Frankreich die Gewerkschaften auszuschalten.

Umso mehr müssen wir uns fragen, wie muss sich das politische Bewusstsein entwickeln, damit es zu einer breiteren Bewegung kommt.

Eine jüngste Studie dazu in Deutschland hat Ergebnisse in anderen Ländern bestätigt. Die Befragten haben nicht das Gefühl, die Krise jetzt sei etwas Besonderes. Krise ist immer. Doch die Krisenverschärfung jetzt macht die Zustände in ihrem ganzen Jammer deutlich und gleichzeitig ruft sie das Gefühl der Ohnmacht hervor. Ohnmacht deshalb, weil keine Alternative zur Verfügung steht.

Dem entspricht die Vorgehensweise auf der anderen Seite, der der politischen Eliten. Sie diskutieren, dass jetzt der günstigste Moment gekommen sei, um mit den letzten Resten von Sozialstaat aufzuräumen. Sie sagen, die Krise hat den Widerstandsgeist so weit aufgeweicht, dass wir jetzt endlich durchziehen können.

Wo bleiben die Gewerkschaften?

Da hinein gehört dann sofort die nächste Frage: Wie steht es mit den Gewerkschaftsstrategien in dieser Lage? Schon 2010 wurde in der Krise die Verhandlungsmacht mancher Gewerkschaft aufgelöst, jedenfalls reduziert. Mit dem Anwachsen des Prekariats entstanden für die Gewerkschaften ganz neue Fragen. Es gibt eine neue Gefahren-Krisen-Kooperation zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik. Zugleich muss man sagen, dass der DGB lange Zeit sehr unkritisch war gegenüber dem Prozess der europäischen Integration und nun dabei ist, seine Position zu verändern. So eindeutig kritische Stellungnahmen des DGB zur EU wie derzeit hat es noch nie gegeben. Freilich kann man sagen, jetzt ist es zu spät. Das würde aber die Notwendigkeiten einer breiten Mobilisierung

gerade jetzt verkennen. Noch im März 2010 hat der DGB eine europäische Demonstration machen wollen, es schien ihm aber nicht möglich, dafür auf europäischer Ebene zu mobilisieren. Im September 2010 kam es dann zu der Demonstration der 100.000, dann im April 2011 zu der 50.000-Teilnehmer-Kundgebung im – europamäßig gesehen – entlegenen Ungarn. Gemessen an der Bedeutung der Auseinandersetzung ist das Vorgehen der Gewerkschaften immer noch zu defensiv. Auf dem nächsten Europäischen Gewerkschaftskongress (Ende Mai 2011) wird man eine genauere Zwischenbilanz ziehen können.

Schaut man sich die parteipolitische Landschaft an in Europa, so kann man feststellen, dass die Linke links von der Sozialdemokratie in den letzten fünf Jahren (bis 2009) mit 5,8 % im europäischen Durchschnitt relativ stabil geblieben ist. Die Sozialdemokratie geht im gleichen Zeitraum von 26 auf 23 % zurück, dabei stärker zurück in den Kernländern Europas als an der Peripherie. 2009 war noch kein breiter Rechtspopulismus zu beobachten. Heute käme man hier europaweit zu anderen Werten. Die politischen Koordinaten haben sich nach rechts verschoben.

Aufgabe der Linksparteien: Fragmentierung überwinden, das Bündnis mit den sozialen Bewegungen suchen

Die Lage der Linken ist den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In der europäischen Linken sind über 30 Parteien zusammen. In Zypern hat die Linkspartei über 30 % der Wählerstimmen und ist in der Regierung. Dies ist aber ein Ausreißer nach oben. In manchen Ländern ist die Fragmentierung der Linken kennzeichnend. So gibt es in Portugal zwei linke Par-



teien links von der Sozialdemokratie. Die eine ist die Kommunistische Partei, die andere der Bloco. Jede erhielt 10 % der Wählerstimmen. In der Krise haben die beiden Parteien zum ersten Mal miteinander gesprochen, es ist nichts Konkretes dabei herausgekommen, aber die bloße Tatsache des Treffens hat eine Zustimmungslawine in Gang gesetzt.

In Frankreich versuchen wir, eine Front der Linken mit unterschiedlichen Komponenten aufzubauen. Dort finden sich sozialistische Linke, Trotzlisten, die die Trotzlistische Partei verlassen haben und mithelfen, in der Kommunistischen Partei einen komplexen Diskussionsprozess zu entfalten. Dies ist der Weg, auf dem wir für die Wahlen wieder etwas aufbauen wollen. Bei den Europa-Wahlen hat die linke Front 7 % erzielt, bei den letzten Kantonalwahlen waren es 9 %. Die entscheidende strategische Frage scheint zu sein, die Fragmentierung auf der Linken zu überwinden.

Das Konzept der "Mosaik-Linken"

In diesem Zusammenhang hat Hans Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, vom Ziel gesprochen, eine "Mosaik-Linke" herzustellen. Damit meint er den Zusammenschluss von Linken mit unterschiedlicher Geschichte und mit unterschiedlichem Selbstverständnis, die aber für gemeinsame Ziele auch gemeinsam kämpfen. Unter Respektierung der Identität und des Charakters jeder einzelnen Organisation.

In Italien, wo die Linke ja insgesamt in einer katastrophalen Situation ist, gibt es jetzt Versuche, eine Plattform aufzubauen zwischen Teilen linker Gruppierungen und Teilen von Sozialbewegungen. In Frankreich ist nach dem relativen Scheitern der Rentenreformbewegung verstärkt die Frage aufgetaucht, wie wir neue Wege der Zusammenarbeit zwischen linken Gruppen und Parteien mit sozialen Bewegungen finden. Dies scheint heute der wichtigste Versuch zu sein, um von links her das politische Kräfteverhältnis zu verändern.

Elisabeth Gauthier ist Direktorin von Espaces Marx und Mitglied des Vorstands von transform! europe

Podiumsdiskussion

Aus für den Euro? – Wie können die Kräfte für die Durchsetzung einer Alternative formiert werden?

An der abschließenden Podiumsdiskussion des 19. isw-Forums nahmen die beiden ReferentInnen Elisabeth Gauthier und Conrad Schuhler sowie Paul Kleiser, Sozialwissenschaftler, Dozent der Erwachsenenbildung, u.a. aktiv im Sozialforum München, teil; Moderator war Georg Polikeit, Wuppertal, Autor des isw-Reports Nr. 57 ("EU 2004 – Sozialabbau + Weltmacht-kurs") und zahlreicher weiterer Artikel zur EU-Entwicklung, langjähriger Chefredakteur der "UZ – unsere zeit".

Die Diskussion beschränkte sich – auch infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit – auf zwei Hauptpunkte: 1. Stehen wir tatsächlich vor einem "Scheitern des Euro" und der EU, also vor einer existenziellen Krise der Europäischen Währungsunion, die zu einem "Aus für den Euro" führen kann? 2. Welche Alternativen zur gegenwärtigen Euro-Krise sind möglich – und wie können die Kräfte formiert werden, die zu deren Durchsetzung erforderlich sind?

Zur ersten Frage ergab sich am Ende des Meinungsaustauschs ein breiter Konsens, dass die Konstruktion der EU-Währungsunion, an der 17 der 27 EU-Mitgliedsstaaten beteiligt sind, in der Tat in einer "schweren strukturellen Krise" (Conrad Schuhler) steckt. Allerdings blieben Meinungsunterschiede bestehen, ob dies – trotz aller derzeitigen dramatisch dargestellten Situation – tatsächlich als eine fundamentale "Existenzkrise" im Sinne einer "Explosion" oder eines völligen Zusammenbruchs der Euro-Währung zu beurteilen ist und ob die von den EU-Führungskreisen anvisierten und teilweise bereits beschlossenen "Stabilisierungsmaßnahmen" unwirksam bleiben und ihr Ziel verfehlen werden oder doch zu einer gewissen, wenn auch nur zeitweiligen Stabilisierung des Euro führen können.¹

Conrad Schuhler erklärte dazu, dass es seiner Meinung nach mit diesen Maßnahmen nicht gelingen werde, eine "Explosion" des Euro-Systems zu verhindern, dass sich die dominanten Kräfte in den Spitzen der EU damit aber doch einen gewaltigen Spielraum zu verschaffen versuchen, um mit dem EU-System auf neoliberaler Grundlage weiter machen zu können.

Euro-Krise sei nicht gleich "Exitus" zu setzen. Das bisherige Euro-System stoße an "ökonomische Schranken", was erhebliche Änderungen unausweichlich mache, stehe aber nicht an einem Punkt, wo es kurzfristig, etwa in ein bis zwei Jahren, überhaupt nicht mehr fortbestehen könnte. Die derzeitigen Maßnahmen könnten den Euro nicht wirklich stabilisieren, verstärken aber die Tendenz zu einer ständig weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen und zu einer weiteren Polarisierung zwischen Zentren und Peripherie. Die Peripherie werde zunehmend nicht in der Lage sein wird, die Schulden, die sie in ständig höherem Maßstab aufnehmen muss, zurückzuzahlen. Die Gesamtstabilität des Systems werde dadurch weiter unterminiert. Es sei eine Grenze erkennbar, wo es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann und die herrschenden Kapitalkreise auch im Interesse des Kapitals selbst gezwungen sein werden, zu einer "neuen Akkumulationsmethode" überzugehen, die nicht mehr allein auf dem Auspressen der Menschen und dem Diebstahl an dem Gemeineigentum beruht. Dabei sei zu beachten, dass der Neoliberalismus nicht notwendig das Endstadium des Kapitalismus sein müsse. Es sei eine Aufgabe der alternativen Kräfte, den Kapitalismus "zu einer anderen Art des Wirtschaftens" zu zwingen.

Paul Kleiser erklärte zu diesem Fragenkomplex, die derzeitigen Probleme ergäben sich seiner Ansicht nach aus dem grundlegenden Widerspruch, dass die EU einerseits eine reine "Freihandelszone" mit ungehemmter Konkurrenz ohne übergeordnete gemeinsame Interessen und zugleich ein politisches Integrationsprojekt mit gemeinsamen Zielen sein wolle. Die Einführung einer gemeinsamen Währung verlangte eine stärkere Integration im Sinne eines supranationalen Staates. Die Hauptländer der EU sind aber – anders als seinerzeit die USA – historisch entstandene Nationalstaaten mit eigener Geschichte und teilweise ganz unterschiedlichen Zugängen zum Weltmarkt. Deshalb erweise sich ihre Zusammenführung zu einem supranationalen System im Rahmen der EU auf kapitalistischer Grundlage als ungeheuer schwierig. Aber auch die Arbeiterbewegung, die von prinzipiell

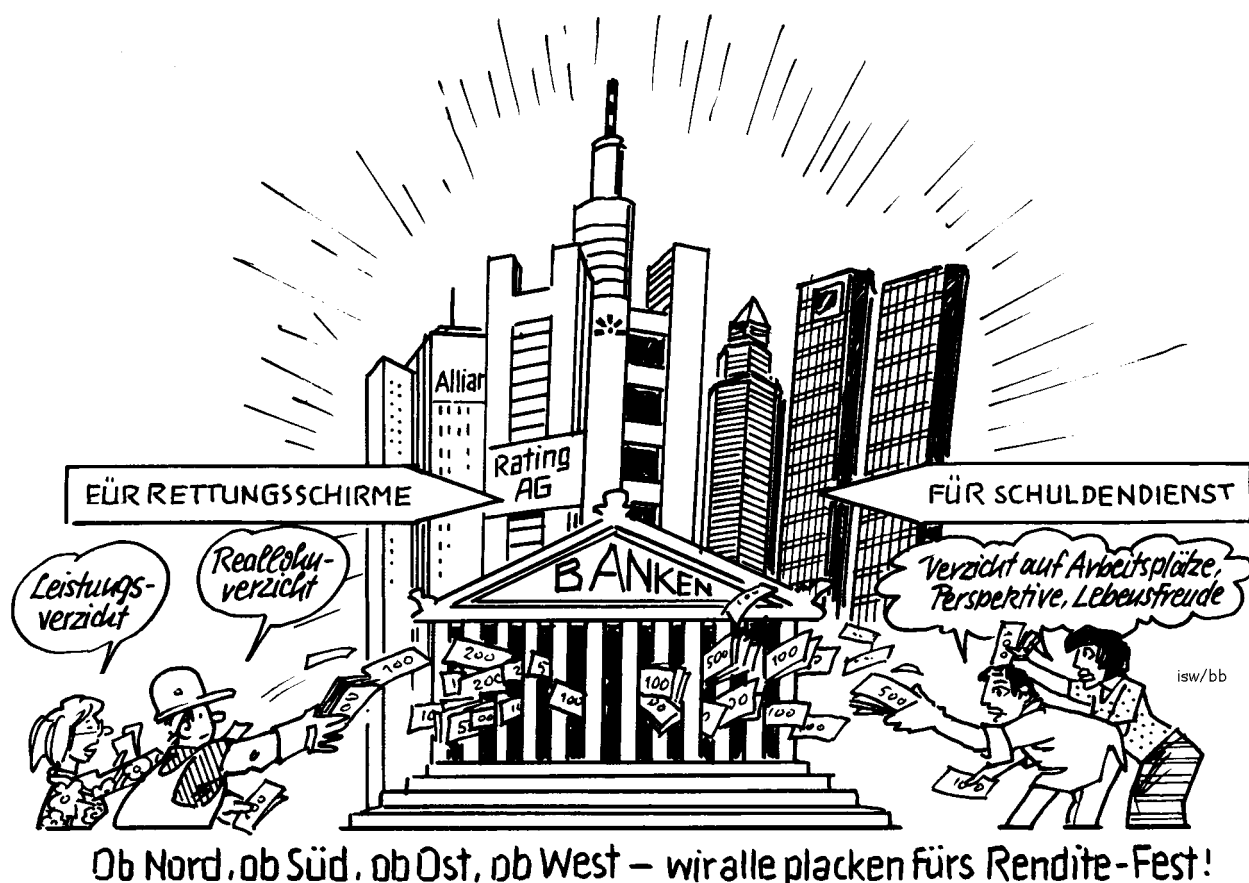
1) Gemeint sind die vom "Europäischen Rat" bereits beschlossenen bzw. zur Beschlussfassung im Juni 2011 anstehenden vier "Pakete": a.) "Europäisches Semester" mit Vorabkontrolle und Vorabgenehmigung der nationalen Haushaltsplanungen durch die EU-Kommission, b.) Beharren auf der Rückführung der Staatsschulden auf die im EU-Stabilitätspakt fixierten Kriterien mit stärker "automatisierten" und verschärften Sanktionen bei Nichteinhaltung, c.) der neue "Euro-Plus-Pakt" mit einer ganzen Palette von Vorgaben für Kontrolle der Lohnentwicklung durch die EU und deren Bindung allein an die Produktivitätsentwicklung, Orientierung weg von Flächentarifverträgen und deren Ersetzung durch betriebliche und lokale Vereinbarungen, weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, EU-weite Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, Einführung von "Schuldenbremsen" in die nationalen Verfassungen bzw. Gesetzgebungen nach deutschem Muster, d.) "Euro-Stabilitätsmechanismus" [ESM] mit drakonischen Auflagen für die Staaten, die dessen "Hilfe" in Anspruch nehmen.

anderen Grundlagen ausgehen könnte, sei bisher noch vorwiegend nationalstaatlich orientiert. Wenn es nicht gelinge, eine starke Kraft der Arbeiterbewegung auf europäischer Ebene zu schaffen, die angesichts der konkreten Situation nur pluralistisch sein könnte, seien wir in der Tat mit der schon von Rosa Luxemburg formulierten Alternative Sozialismus oder Barbarei konfrontiert.

Auch *Elisabeth Gauthier* erklärte zu diesem Fragenkomplex, dass die derzeitigen Maßnahmen, die von der EU-Spitze eingeleitet wurden, die Probleme nicht grundsätzlich lösen werden, zum Beispiel das Problem der "Asymmetrie" der ökonomischen Entwicklung der einzelnen EU-Staaten. Das bedeute aber nicht, dass die EU oder der Euro vollständig zusammenbricht. Es sei nicht auszuschließen, dass die EU zeitweilig mit einer gemeinsamen Währung weiterexistiert oder auch mit mehreren Währungen in einem "Europa der konzentrischen Kreise". Auch müsse zwischen Krise des Kapitalismus in Europa und Krise der EU bzw. des Euro unterschieden werden, diese beiden Ebenen seien nicht deckungsgleich. Die EU sei ihrer Ansicht nach auch deshalb besonders krisenanfällig, weil eine wirkungsvolle Gegenmacht bisher nicht vorhanden ist, die andere Regulierungsmechanismen durchsetzen würde – was sich beispielsweise auch an der bisher minimalen Rolle des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in diesen Zusammenhängen zeige.

Georg Polikeit schloss den ersten Teil dieses Meinungsaustauschs mit dem Verweis darauf ab, dass die Zukunft zeigen werde, welche der diskutierten Prognosen sich tatsächlich durchsetzen werden, dass aber alle Beteiligten darin übereinstimmen, von einer ersten Krise des Euro-Systems auszugehen, die allerdings nicht im Selbstlauf zu einem Zusammenbruch führen wird. Die "Rettungsmaßnahmen" der EU-Spitzen zielen in jedem Fall darauf ab, die Lasten der Krise weiterhin auf die großen Mehrheit der Menschen in allen EU-Staaten abzuwälzen. Deshalb stellt sich die Frage nach der politischen Durchsetzungsfähigkeit von Alternativen, wie sie in den Referaten vorgestellt worden sind. Wenn solche Alternativen, zum Beispiel ein Entwicklungsplan für den Abbau der ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Ländern der EU, Wirklichkeit werden sollen, obwohl dies den dominanten Kapitalinteressen und dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus widerspricht, ist dafür eine wesentliche Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse weit über den bisherigen Stand hinaus erforderlich. Die Frage, wie eine solche Wende in den politischen Kräfteverhältnissen erreicht werden kann, leitete zum zweiten Teil der Podiumsdiskussion über.

In diesem zweiten Teil wurde eine Vielzahl von Problemen der Formierung und Mobilisierung der Kräfte für die Durchsetzung alternativer Vorstellungen an-



gesprochen, wobei spürbar war, dass in vielen Punkten eine gründlichere Untersuchung und Debatte nötig wäre, als sie im Rahmen einer solchen Podiumsdiskussion ad hoc möglich war.

Aus den Erfahrungen ihrer Tätigkeit im Rahmen der Europäischen Linken und in Frankreich ging *Elisabeth Gauthier* auf die Frage eines Diskussionsteilnehmers zur Haltung der Gewerkschaften zur EU-Politik ein. Sie verwies darauf, dass die Situation in den einzelnen Ländern in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich ist und deshalb keine "globale" Bewertung möglich ist. Interessant jedoch ihr Hinweis, dass sich auch in der Haltung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gewisse Veränderungen zu vollziehen scheinen, auch wenn dies noch keine generelle Neuausrichtung bedeutet. Die bisher in der EGB-Spitze dominierende sozialdemokratisch-reformistische Orientierung, durch partnerschaftliche Mitwirkung und "Dialog" im Rahmen der bestehenden EU-Institutionen eine "Ergänzung" der kapitalistischen EU-Konstruktion durch ein "soziales Europa" erreichen zu können, scheine im Licht der Erfahrungen der Krise 2008/9 einer kritischeren Einstellung zu weichen. Das schließe auch mehr Bereitschaft zur Diskussion mit Linken ein. Allerdings könne von einer wirklich kämpferischen Orientierung der EGB-Spitze auch jetzt noch nicht die Rede sein.

In einer Zwischenbemerkung merkte *Georg Polikeit* an, dass nicht nur auf solche Veränderungen in der Spitze des EGB geschaut werden sollte, weil wirkliche Veränderungen dort nur zu erwarten seien, wenn sich "unten" etwas ändert. Er verwies auf die europaweite Gefahr, dass die Unzufriedenheit vieler Menschen mit der EU nach rechts kanalisiert wird, wie dies in den Erfolgen rechtsextremistischer Gruppierungen in einer ganzen Reihe von EU-Staaten sichtbar wird. Deshalb sei die Frage nach einer Stärkung der linken Gegenkräfte als glaubwürdige Alternative zur gegenwärtigen EU-Entwicklung von großer politischer Bedeutung.

Conrad Schuhler erwiderte darauf, dass der derzeitige Zustand der linken alternativen Kräfte seiner Meinung nach noch weit davon entfernt sei, das zu leisten, was angesichts der Situation notwendig wäre. Er machte dafür eine nach wie vor weithin herrschende Resignationsstimmung verantwortlich, die als "alternativlose Unzufriedenheit" gekennzeichnet werden könne. Zwar gebe es auch in Deutschland verschiedene breite Bevölkerungskreise einbeziehende Aktionen mit großem Engagement wie die Bewegung gegen "Stuttgart 21" oder die neu auflebende Anti-AKW-Bewegung nach der Katastrophe von Fukushima. Doch handle es sich dabei um Ein-Punkt-Bewegungen, die noch nicht zu einem "politischen Block" zusammengeführt werden konnten. Deshalb komme es seiner Meinung darauf an herauszuarbeiten, welche gemeinsamen Elemente diese Bewegungen vereinen können. Das seien vor allem die Erfahrung: dass "die Politik" die Probleme nicht entsprechend den Interes-

sen und dem Willen der Bürger regelt und dass das Kapital in allen diesen Fragen "auf der anderen Seite" steht. Was die Gewerkschaften angeht, sei nach wie vor die Haltung eines sozialpartnerschaftlichen "Korporatismus" im Sinne einer angeblichen Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit kritisch zu betrachten. Ähnliches gelte auch für die Vorstellungen von einem "green new deal", das heißt für die Illusion von einer Interessengemeinschaft bei der ökologischen Umgestaltung der Energiewirtschaft und der industriellen Produktion generell. Eine Komplizenschaft mit dem Kapital, um Mehrwert auf "grüne Art" zu produzieren, könne nicht die Lösung der Probleme sein.

Paul Kleiser reagierte auf diese Überlegungen mit dem Hinweis, dass es eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung sei, dass es eine "kaskadenartige" Entwicklung von Bewegungen mit Aufschwüngen und rückläufigen Tendenzen gebe. Das Beispiel der Vorgänge in der arabischen Region zeige aber, dass es innerhalb kürzester Zeit grundlegende Veränderungen und Umstürze geben kann, mit denen vor einigen Monaten noch keiner gerechnet hat. Gegen die "Gefahr eines rechten Antikapitalismus" müsse massiv angegangen werden. Wo vor Ort konkrete und real machbare Alternativen sichtbar werden, wie das bei Stuttgart 21 der Fall war, entwickelten sich auch über das "gewohnte Maß" hinausgehende breite Bewegungen. Schwierig sei es jedoch, diese Bewegungen aus konkreten Ansätzen heraus auf eine gemeinsame politische Ebene zu heben, noch dazu auf die europäische Ebene. Er nannte – wie zuvor schon Elisabeth Gauthier – die Entwicklung der Sozialforen und den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft generell einen wichtigen Ansatz zur Lösung dieser Aufgabe.

Elisabeth Gauthier verwies anhand der französischen Erfahrung darauf, dass Gefühle resignativer Ohnmacht hemmend wirken, zugleich aber auch Elemente der Hoffnung vorhanden sind, wie sie beispielsweise in Frankreich im Kampf um eine Ablösung des Sarkozy-Regimes spürbar werden. Dabei werde auch die Frage der Demokratie neu aufgeworfen, die nicht nur "Repräsentation" und "Beteiligung" an der "Verwaltung" dessen, was geschieht, sein dürfe. Die Euro-Krise stelle die Frage nach einer neuen Form von Demokratie mit neuen Inhalten. Beachtet werden müsse aber, dass es in der Entwicklung der Bewegungen "keine Abkürzungen" gebe. Im Hinblick auf Vorschläge, eine einheitliche europaweite Linkspartei zu formieren, die in allen EU-Staaten in gleicher Weise bei künftigen EU-Wahlen antritt, halte sie die gegenwärtige Struktur der "Europäischen Linkspartei" (ELP) als eine "Partei von Parteien", die die Eigenständigkeit der verschiedenen nationalen Parteien mit ihren jeweils besonderen nationalen Situationen und Herangehensweisen respektiert, für die derzeit beste Lösung.

Georg Polikeit meinte zum Abschluss der Diskussion, dass einige der aufgeworfenen Fragen, auch die der Bewusstseinsentwicklung in der Bevölkerung, noch

einer genaueren Analyse bedürften. Resignation und Alternativlosigkeit seien doch nur ein Element der aktuellen Situation. Es gebe heute auch in Deutschland weit mehr Bewegungen als etwa vor zehn Jahren. Die Erfahrungen der Menschen mit der Krise und ihren Folgen veränderten auch etwas in ihrem Denken und Handeln, was als Ansatzpunkt genutzt werden kann. Nach wie vor komme es deshalb darauf an, vor allem vor Ort, in den Betrieben, in den durch die neoliberale Auszehrung verarmenden Kommunen alle Bewegungen des Widerstands tatkräftig zu unterstützen. Das gelte auch für die Mitwirkung in den

Gewerkschaften, denn ohne eine Änderung der Grundstimmung in der breiten Mehrheit der Gewerkschafter sei die notwendige Mobilisierung der Kräfte für die Durchsetzung alternativer Vorstellungen nicht zu erreichen. Zugleich sei es seiner persönlichen Meinung nach aber auch an der Zeit, angesichts der Krisen der kapitalistischen Entwicklung die "Systemfrage" generell, das heißt die Frage nach einem grundlegend anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, wieder offensiver in die Debatte zu bringen.

Georg Polikeit